

[Statement]

von Journalisten für Journalisten

Die Erben von
Egon Erwin Kisch

Zensur beim
Klassenprimus

Chefin im
Russ-Land



[OeJC2go]

Alle Infos stets im Griff

die Journalisten APP

aktuell unterwegs

für iOS und

Android



Holen Sie sich [OeJC2go] für iOS und Android jetzt kostenlos im Android Play-Store oder App-Store für Smartphones und Tablets.

www.oejc.at


ÖSTERREICHISCHER JOURNALISTEN CLUB AUSTRIAN JOURNALISTS CLUB

[Man wird doch noch **fragen** dürfen ...]

Warum so manche Journalistenkollegen sich so leicht von den Politikern einlullen lassen und nicht ihren Kopf anstrengen, um bewusst gestreute Informationen zu hinterfragen und die notwendigen Zusammenhänge aufzudecken. Zum Beispiel in der heurigen Sommergeschichte rund um den amerikanischen Geheimdienst-Aufklärer Edward Snowden, der vom „Helden“ der Welt, rasch und unkommentiert, zum „Verräter“ an der amerikanischen Sache wurde. Nur weil es die Amis so wollten. Oder die kurzfristige Sperre der US-Botschaften in einigen arabischen Ländern, wo ganz selten hinterfragt wurde, ob dies nicht ein „Joke“ der NSA war?

Aber auch in unserer Alpenrepublik sind so manche Kollegen den Hitzewallungen unserer Politiker unkommentiert gefolgt. So mutierten manche Medienmacher einige pakistanische Flüchtlinge rasch zu gut verdienenden Fluchthelfern, obwohl das Innenministerium die notwendigen Beweise nicht erbringen konnte.

Gerade in den kommenden Wochen sollten wir Journalisten sehr auf der Hut sein – vor Versuchen der plumpen Wahlpropaganda der ihre Privilegien sichern wollenden Politiker vor der Nationalratswahl.

Wir Journalisten müssen kritisch und unabhängig bleiben, gerade in Zeiten wie diesen, meint Ihr



Fred Turnheim

[Brief aus der **Redaktion**]

Nach den wettermäßig heißen Wochen folgt jetzt im September die heiße Zeit der Nationalratswahl mit all den solchen Ereignissen anhaftenden Begleiterscheinungen. [Statement] hält sich da vornehm zurück. Wir haben uns ein anderes Schwerpunktthema ausgesucht: den ORF, seine Öffentlich-Rechtlichkeit (oder auch nicht?) und Generaldirektor Alexander Wrabetz' eleganten Hüftschwung in Sachen Kulturberichterstattung. Man denke nur an das Gwirks rund um den Ingeborg-Bachmann-Preis – ein Schelm, wer Böses dabei denkt...

Den Hauptschwerpunkt – siehe das Cover von Rachel Gold – bildet aber unsere umfassende Einschau in die komplizierte und mühsame Welt des investigativen

Journalismus. So enthüllt einer der besten Aufdecker des Landes, Kurt Kuch, stellvertretender Chefredakteur von News, seine Arbeitsmethoden und schreibt über die Notwendigkeit von Geld, Zeit und Spielraum. Das Epizentrum des deutschsprachigen Aufdecker-Journalismus ist aber der NDR, der gemeinsam mit der *Süddeutschen Zeitung* deutsche Steuer-sünder enttarnte und so den Begriff „Offshore Leaks“ in unseren Breiten populär machte. Unser Deutschland-Korrespondent und NDR-Redakteur Jon Mendrala beschreibt, wie das internationale Netzwerk funktioniert, auf welche Schwierigkeiten die Rechercheure stoßen und welche Enthüllungen noch zu erwarten sind. Und: Bei einem Treffen des International Consortium of Investigative Jour-

nalists (ICIJ), das kürzlich die weltbesten Rechercheure in Hamburg versammelte, interviewte Mendrala ICIJ-Direktor Gerard Ryle zu diesem Thema.

In der Ausgabe Juli/August ist ein falscher Titel ins Blatt gerutscht. Die korrekte Headline des Artikels über die Latino-Zeitung sollte lauten „Latino-Magazin geht online“, und nicht, wie irrtümlich, „La Vide de Viena“. Was weder richtig noch spanisch ist. Wir entschuldigen uns bei der Autorin.

Ihre Chefredakteure

Oswald M. Klotz und
Fred Turnheim

chfredaktion@oejc.at

Aufdecker sind Einzelkämpfer



06

08

[Im **Netz**
der Meute]



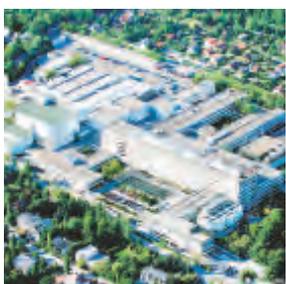
„Testballon mit Aufschlag“



07

International agierendes Journalisten-Netzwerk enttarnt Steuerflüchtige.

Rendite ohne Programmauftrag



12

03 **Kommentar:**
Man wird doch noch fragen dürfen ...

06 **Investigativer Journalismus:**
Aufdecker sind Einzelkämpfer

07 **Interview:**
Gerard Ryle, Direktor ICIJ

08 **Recherche:**
Im Netz der Meute

10 **Medien:**
la gazette d'autriche setzt auf Kultur

12 **ORF:**
Rendite ohne Programmauftrag

14 **ORF:**
„Wünsch mir was“ oder Lieber ORF, liebe Politik ...

16 **Portrait:**
Verena Daum-Kuzmanovic

18 **Singapur:**
Zensur im Tigerstaat

Zensur in Singapur



18

[**Weltenbummlerin** als
Chefredakteurin]



Die *Vorarlberger Nachrichten* sind jünger und weiblicher geworden.

20 **Lokalrundfunk:**
Eine Chance für lokale und regionale Medien

22 **Lateinamerika:**
Kampf an allen Fronten

24 **Service:**
Der NSA die lange Nase zeigen

26 **Ratgeber:**
Besonderer Schutz / Kinderbetreuungskosten

28 **Wissenschaftsjournalismus:**
Politik, Wirtschaft und Arthrose

30 **Pressefotografie:**
Fotografierverbot: Mehr Fragen als Antworten

31 **Bücher:**
Wozu braucht man noch Journalisten?

32 **Medienrat:**
Bitterer Blattsalat

33 **Kommentar:**
Das ORF-Kulturdesaster

] | 6

20

Eine Chance für
lokale Medien



24

Schutz vor
der NSA



28

Politik, Wirtschaft
und Arthrose



32

Bitterer
Blattsalat



Aufdecker sind Einzelkämpfer



© Susanne Gröger

Werfen wir einen Blick nach Deutschland: Wie lösen Magazine wie *Spiegel* und *Stern* die Aufgabenstellung ‚Aufdeckungsjournalismus‘, wie macht das die *Süddeutsche Zeitung*? Gleich vorweg: Die zentralen Probleme sind hausgemacht, sie liegen in den Redaktionen selbst.

VON KURT KUCH

Die vier Hauptproblembereiche sind: Personenabhängigkeit des Wissens; ineffektive Organisation innerhalb der Redaktion; Unzulänglichkeit von Presse-datenbanken zur Basisrecherche und Widerstände gegen ressortübergreifende Zusammenarbeit.

In Deutschland arbeiten oft hochspezialisierte Recherche-Teams. Der *Stern* etwa hat Spezialisten für Behördenkontakte und Informantengewinnung, für die Aktenakquise und Aktenauswertung, für Online-

In Deutschland arbeiten vielfach hochspezialisierte Recherche-Teams.

recherche und für Computer Assisted Reporting. In Österreich sind die jeweiligen Aufdecker – auch aus Kostengründen – Einzelkämpfer. Die Herausforderungen sind aber dieselben: Die Informationen müssen beschafft, geprüft, ausgewertet und

in Artikel gegossen werden. Dabei werden oft die anfallenden Datenmengen so groß, dass sie weder für Einzelne noch für Teams „zu Fuß“ aufzuarbeiten sind. Allein mein Datenbestand zu Recherchen im Jahr 2012 umfasst jetzt schon rund 750 Gigabyte an Ermittlungs- und Gerichtsakten, E-Mails und sonstigen Dokumenten.

Es geht um die zeitnahe Aufarbeitung des Materials, um das Finden relevanter Stellen und Zusammenhänge, die Umsetzung im Heft, Sicherung des veröffentlichten Materials für allfällige spätere rechtliche Auseinandersetzungen, Verfügbarmachen des Datenbestands für weitere Recherchen der Redaktion, ohne die jeweiligen Quellen zu gefährden. Der einzige Ausweg: Die Anschaffung einer Text- und Content-Analysesoftware mit den entsprechenden Administrations- und Zugriffsrechten. Sie ermöglicht das automatisierte Erkennen von Zusammenhängen, die aufgrund der enormen Datenmenge sonst nie zu finden wären. Relevanz- und Korrelationsanalysen machen Sachverhalte erst erkennbar und über automatisiert erstellte Zeitachsen

werden die chronologischen Abläufe einer Geschichte minutiös dokumentiert. Die Vorteile: Exklusivität durch zeitlichen Vorsprung, deutlich höhere Qualität der Recherche,

Das Um und Auf ist eine gute Text- und Content-Analysesoftware.

schlagartige Vervielfachung des Ausgangsmaterials für Recherchen, enorme Rechtssicherheit bei allfälligen späteren rechtlichen Auseinandersetzungen, einfache Wiederauffindbarkeit von Unterlagen, zahllose Ansatzpunkte für spätere Recherchen und Geschichten, Entstehen eines Datenpools für die Redaktion.

Die jeweiligen Redakteure müssen im redaktionellen Alltag genügend Zeit haben, um über einen längeren Zeitraum hinweg intensiv einzelne Themen zu recherchieren. Und: Sie benötigen zunehmend internationale Kontakte. Denn im selben Ausmaß, wie sich große Wirtschaftsfälle internationalisieren, muss

zwangsläufig auch länderübergreifend recherchiert werden.

Redaktionsintern gilt es, „Schreibergärten“ niederzureißen, um möglichst viel Wissen ressortübergreifend zu bündeln. Eines der zentralen Probleme unseres Kommunikationsberufs ist, dass viele Redaktionen enorme Reibungsverluste durch interne Kommunikationsdefizite haben. Die eigentlich vorhandenen „PS“ werden daher viel zu selten vollständig auf die Straße gebracht. ■



Zum Autor
Kurt Kuch

Kurt Kuch ist stellvertretender Chefredakteur des Nachrichtenmagazins *News*. Er deckte zahlreiche Skandale auf, unter anderem die Akte Hypo Alpe Adria und die Buwog-Affäre.

„Testballon mit Aufschlag“

Nach dem Aufschrei folgt die Ernüchterung: Nach zweieinhalb Millionen ausgewerteten Datensätzen sind die Ergebnisse der „Offshore Leaks“-Enthüllungen überschaubar. Raiffeisen-Bank-International-Chef Herbert Stepic ist dabei noch der bekannteste heimische Steuersünder, der über die Recherchen der Journalisten stolperte. Gerard Ryle, Direktor des International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ), über verrückte Methoden, dezentrale Netzwerke und neue Ideale.

VON [STATEMENT]-KORRESPONDENT
JON MENDRALA

[Statement]: Mr. Ryle, Journalisten recherchieren eigentlich selten im großen Team – und schon gar nicht redaktionsübergreifend. Man muss halbwegs verrückt sein, um diese Arbeitstechniken Kollegen als Mittel der Stunde anzubieten ...

Gerard Ryle: Verrückt wäre es, nicht miteinander zu kooperieren. Zunächst hatten wir nur zehn Reporter im Team und Namen aus 170 Ländern. Darunter eben nicht nur im Vereinigten Königreich, in Frankreich oder Australien, sondern auch in Indonesien, in der Mongolei oder im Kongo. Nur ein dezentrales Recherchieren – mit vertrauenswürdigen Journalisten vor Ort – schien uns halbwegs Erfolg versprechend. Welcher deutsche oder amerikanische Journalist kann schon ad hoc etwas mit dem Namen eines schwedischen Abgeordneten aus den 1980er-Jahren anfangen?

[Statement]: Wie war das im Fall des mittlerweile zurückgetretenen Raiffeisenbank-Chefs Herbert Stepic?

Ryle: Uns hat der Name tatsächlich nichts gesagt. Und in Österreich gab es zunächst keine Kooperation. News hat sich dann darum bemüht, Teil unseres weltweiten Recherche-teams zu werden. Nach Rücksprache mit unseren deutschen Partnern NDR und Süddeutsche Zeitung haben wir schließlich zugestimmt und ihnen Zugang zu den Daten ermöglicht.

[Statement]: Welche Rolle spielte das ICIJ?

Ryle: Wir hatten alle Daten, konnten Menschen vernetzen und von Experten vor Ort prüfen lassen, ob sich harte Fakten aus einer bloßen



Ansammlung von Adressen, Firmenregistern oder Kontoverbindungen gewinnen lassen. Denn die meisten Namen in den 2,5 Millionen Datensätzen sind keine exponierten Persönlichkeiten, Wirtschaftsbosse oder einflussreichen Politiker. Und selbst viele Handlungen, die wir nachzeichnen konnten, sind strafrechtlich nicht eindeutig illegal, sondern liegen in der Grauzone.

[Statement]: Wo kein Kläger, da kein Täter?

Ryle: Es gab kein schwarz oder weiß. Man brauchte sehr viel Kontext und historisch-politisches Verständnis. Von daher brauchten und brauchen wir jeden einzelnen investigativen Rechercheur.

[Statement]: Nach Monaten der Berichterstattung über Offshore Leaks ist zwar einiges nach außen

gedrungen, doch der große Coup ist ausgeblieben. War also alles nur ein Medienhype?

Ryle: Bislang ist das ganze Unterfangen ein einziger großer Testballon – aber einer mit Aufschlag. Wir haben die Art der internationalen Vernetzung und Kooperation gewiss verändert. Doch speziell diese Recherchetechnik kann man nicht bei jedem Thema anwenden. Noch immer arbeiten wir mit Journalisten auf der ganzen Welt zusammen. Das ist ein Wert, der weiter wachsen und bleiben wird. Wir haben noch mindestens sechs Monate Arbeit vor uns; erst dann kann man abschließend über das Projekt ‚Offshore Leaks‘ urteilen. ■

Webtipps:

<http://www.icij.org/>

<http://www.netzwerkrecherche.de/>

Zur Person

GERARD RYLE

Gerard Ryle leitet das ICIJ in Washington, D.C. Hauptsächlich betreut er die ausgewählten 160 Mitglieder in über 60 Ländern, die an den Projekten arbeiten. Der Australier Ryle war 26 Jahre lang investigativer Reporter und arbeitete als Redakteur in Australien und Irland, hauptsächlich bei den Qualitätszeitungen *The Sydney Morning Herald* und *The Age* aus Melbourne. Der vielfach preisgekrönte Journalist ist der erste ICIJ-Direktor, der nicht US-Amerikaner ist.

[Im Netz der Meute]

Journalisten sind Kollegen gegenüber oft verschlossen, meist Einzelkämpfer und sie teilen ihre Rechercheergebnisse eigentlich mit niemandem – das war einmal. Seit „Offshore Leaks“, den Enthüllungen um Steueroasen in Übersee, ist alles anders. Erstmals hat ein international agierendes Netzwerk von Journalisten unterschiedlichster Medien kooperiert, um Steuerflüchtlinge auf der ganzen Welt zu enttarnen. Und gute Stories zu generieren.

VON [STATEMENT]-KORRESPONDENT
JON MENDRALA AUS HAMBURG

Es war komplett andersherum als sonst. Normalerweise hat man eine These, einen Verdacht. Man nimmt das lose Ende der Geschichte auf und fängt an zu recherchieren, sagt Julia Stein. Die Redakteurin leitet das Team Recherche beim NDR Fernsehen. „Doch diesmal hatten wir nur eine Festplatte mit Daten. Wir mussten nicht nur dechiffrieren, sondern auch verstehen lernen, welche Geschichten hier versteckt sind.“

[2,5 Millionen Datensätze sind weltweit für jedermann im Internet abrufbar.]

An diesem Tag verkündet das International Center for Investigative Journalism (ICIJ) aus Washington D.C. den nächsten Paukenschlag. Mitten in Hamburg. Auf der Bühne sitzt ICIJ-Direktor Gerard Ryle (siehe auch Interview S. 7), neben ihm Journalisten aus Deutschland und Rumänien. Eingeladen hatte das „Netzwerk Recherche“, ein Zusammenschluss der investigativen Journalisten in Deutschland. Und alle sind gekommen.

Seit Mitte Juni sind nun über 2,5 Millionen Datensätze weltweit für jedermann im Internet abrufbar. Unter <http://offshoreleaks.icij.org> kann man – wie in einer Suchmaschine – nach Namen oder Orten suchen. Sucht man nach dem Begriff „Salzburg“, wird dieser kryptische Treffer angezeigt: „Rechtsanwalt, Waschergasse 15, 5020 Salzburg,

Austria“. Doch der Informationsgehalt bleibt nebulös. Klar ist nur, dass sich diese Anschrift irgendwo in dem gesamten Datenkonvolut wiederfindet. Ob als Randfigur, Steuersünder oder Geschädigter, das verrät die Datenbank so nicht.

Rücksprung ins Frühjahr 2012. Das ICIJ bekommt über einen Informanten die vermeintlich brisanten Daten zugespielt. Auf einer Terabyte-Festplatte: nichts als HTML-Textwüsten und Datenwust, für den normalen Redaktionsalltag unbrauchbarer Schrott. Doch Ryle will an die Daten. Über das „Netzwerk Recherche“ und Hans Leyendecker, dessen ehemaligen Vorsitzenden, entsteht der Erstkontakt nach Deutschland.

Leyendecker ist seit über 30 Jahren das Gesicht des investigativen Journalismus in Deutschland: ob Flick-Skandal, Plutoniumschmuggel des BND, die Steuerhinterziehung von Steffi Grafs Vater Peter, die CDU-Spendengeldaffäre oder Korruption bei VW – Leyendecker war stets zur Stelle.

Sein Hausblatt, die *Süddeutsche Zeitung*, holt er schnell ins Boot. Doch sie brauchen Verbündete. Durch persönliches Vertrauen gewinnt er den NDR und Julia Stein.

Um überhaupt arbeiten zu können, müssen die Journalisten die Infos entschlüsseln. Mit der Hilfe des Datenjournalisten Michael Mondial gelingt der Durchbruch: „Die ersten vier Wochen haben wir nur Bits durcheinandergeworfen, ohne dass etwas passierte. Wir brauchten eine hohe Frustrationstoleranz“, erinnert sich der Software-Experte. Von dritter Seite wird dem ICIJ

schließlich die forensische Spezialsoftware „Nuix“ im Wert von 70.000 US-Dollar zur Verfügung gestellt. Endlich können die Datenberge durch Mondial und seine Kollegen visualisiert und strukturiert werden. Überall werden autarke „stand alone“-Netzwerke, abgekoppelt von den jeweiligen Redaktionsservern, eingerichtet.

[Mit einer forensischen Spezialsoftware im Wert von 70.000 US-Dollar gelang der Durchbruch.]

Das Netz wird nun gesponnen: Rund 100 Journalisten aus 46 Ländern machen sich auf die Suche nach Steuersündern. In der heißen Phase waren auf deutscher Seite zehn Journalisten unermüdlich mit den Daten zugange: Vom NDR drei Fernseh- und vier Hörfunk-, von der *Süddeutschen Zeitung* drei Printjournalisten. Per Mail, Telefonkonferenzschaltungen und in direkten Treffen wurde zwischen Hamburg und München beratschlagt. Ungewohnt für alle, das natürliche Konkurrenzdenken in ein Vertrauensverhältnis umzuwandeln. „Eine große Erkenntnis war aber auch, wie unterschiedlich wir alle arbeiten: jeder für sich, die verschiedenen Kulturen der Häuser, aber auch die Art des Mediums. Als die SZ-Kollegen schon erste Stories für das Blatt hatten, haben wir uns noch immer gefragt: Wie setzen wir das alles fernsehtauglich in Bildsprache um – und norddeutsch sollte es möglichst auch noch sein“, erinnert sich NDR-Redakteurin Julia Stein. „Allein die Deutsche Bank soll 300 Firmen in Steueroasen wie den Cay-



man Islands oder Gibraltar haben“, vermutet *Süddeutsche*-Redakteur Bastian Obermayer, der zusammen mit Leyendecker das Münchner Offshore Leaks-Team bildete. Man musste sie nur finden.

Raiffeisen-Chef Stepic und Superfund-Gründer Baha stolperten über „Offshore Leaks“.

Dann, im November 2012: Der britische *Guardian* lanciert einen ersten Artikel. Der Testballon für die Akte „Offshore Leaks“ wird gezündet. *Washington Post*, *Le Monde* und *BBC* ziehen nach.

Weltweit liefern die Journalisten Enthüllungen über Steuerhinterzieher: Südkoreas Ex-Präsident ist darunter, Playboy Gunter Sachs und der Ehemann einer kanadischen Senatorin. In Israel steigt die Zahl der Selbstanzeigen rapid an, Australiens Finanzämter fordern nun Steuern

von immerhin 700 Bürgern nach. Der Vizepräsident des mongolischen Parlaments tritt zurück.

In Österreich brachten die Recherchen Raiffeisen-International-Chef Herbert Stepic zu Fall und Superfund-Gründer Christian Baha in Bedrängnis.

Den „kapitalen Vierzehnder“ konnten die Steueründer jagenden Reporter trotz Spezialsoftware und internationaler Kooperation allerdings noch nicht erlegen. Immerhin: Die EU will jetzt Steueroasen austrocknen. Bislang war dieses Vorhaben stets am Vereinigten Königreich mit seinem Finanzplatz London gescheitert.

Heftiger Gegenwind weht aus der Schweiz: „Es ist doch kein Wunder, dass die Schweizer Medien die Relevanz für das Thema komplett herunterspielen“, meint ein eidgenössischer Branchenkenner, der nicht genannt werden möchte, zu [Statement]. „Die Staatsdoktrin der Schweiz und die Geschäftsgrund-

lage unseres Bankenwesens fußt auf Steuerhinterziehung. Das weiß jeder, aber keiner will es zugeben.“

Der erste Pulverdampf ist gerade erst verzogen, doch es scheint schwer vorhersagbar zu sein, was vom Aufprall durch Offshore Leaks bleiben wird. Dabei geht die Suche

Der Vierzehnder unter den Steueründern wurde trotz aller Bemühungen bis jetzt nicht erlegt.

ja noch weiter: Aber selbst wenn der Scoop vom Kaliber eines Kohl, Berlusconi oder Putin ausbleiben sollte – das globale Projekt hat zumindest eines geschafft: die bisherige Tektonik journalistischer Recherchen zu verrücken. Für immer. ■

Webtipp:

www.icij.org/blog/2013/04/release-offshore-records-draws-worldwide-response (alle Enthüllungen)



© Dennis Williamson

Zum Autor
Jon Mendrala

Nach dem Studium der Journalistik, Kommunikationswissenschaft und Politikwissenschaft arbeitet der Hamburger (Jg. 1981) seit 2009 beim *NDR Fernsehen* als Autor, Gestalter und Reporter. Als Deutschlandkorrespondent für [Statement] hat er die Trends am deutschen Medienmarkt im Blick.

la gazette d'autriche setzt auf Kultur

Wie macht man einen Verein in Internet-Zeiten für die Mitglieder wieder attraktiv? Man gründet eine Zeitschrift, mit Fokus auf Kultur, Jubiläen und Brauchtum. So entstand 2007 *la gazette d'autriche*. Herausgeberin ist die österreichische Sektion der Vereinigung der Auslandsfranzosen.

VON HERMINE SCHREIBERHUBER

Die Zeitschrift des Vereins Union des Français de l'Étranger (UFE) in Wien wendet sich an die gesamte französische Communauté, also in erster Linie an die Auslandsfranzosen in Österreich, wie Michelle Rössner-Pastre, Präsidentin und Chefredakteurin, betont.

„Wien war früher sehr weit weg“, erinnert sich Rössner, die 1964 nach Österreich kam. Das habe sich geändert. „Man braucht die Franzosen nicht mehr so an der Hand zu führen wie früher.“ Das Magazin wurde gegründet, „um wieder an sie heranzukommen“. Kulturell bietet Wien sehr viel. Die Zielgruppe sind gebildete ältere Menschen – wie die UFE-Mitglieder. In Bundesländern lebende Franzosen greifen gern zur Gazette. Jugendliche orientieren sich ohnehin nicht an Vereinsmedien.



© la gazette d'autriche

Man braucht die Franzosen nicht mehr so an der Hand zu führen wie früher.

Laut Madame Rössner steht die Gazette „über Parteien, Religionen, Gesinnungen“. Die UFE wurde 1952 als Verband der Auslandsfranzosen gegründet. Unter Präsident François Mitterrand entstand ein zweiter Verein, der parteipolitisch orientiert sei. Ein Mal im Jahr organisiert UFE eine Veranstaltung im Kulturinstitut Clam-Gallas in Wien. In diesem Jahr wurde daraus ein „Salon de Printemps“, in dem zehn französische Künstler ihre Werke präsentierten.

Die reich bebilderte *gazette d'autriche* erscheint vier Mal jährlich mit rund 40 Seiten Umfang und einer Auflage von nur 250 Stück. 26 Nummern wurden bisher produziert. Jahreszeiten, Gedenktage und Traditionen bilden den Leitfadern der Themengestaltung. Zehn freie Mitarbeiter sind verfügbar. Sie alle haben keine journalistische Ausbildung, sind aber thematisch spezialisiert – sei es auf Musik, Literatur oder bildende Kunst, wie Rössner selbst.

Die Juni-Nummer berichtet von der Wiener Ausstellung über Maximilian von Mexiko und „Lucky Luke“ im Karikaturenmuseum Krems. Ein Beitrag ist dem Wiener Kongress 1814 gewidmet. Österreichweit

erforschte Rössner die Geschichte der Bildstöcke (Marterl). „Die Franzosen muss man für österreichisches Brauchtum sensibilisieren“, ist die UFE-Chefin überzeugt. Im Fokus der März-Ausgabe standen die Jahreskomponisten Verdi und Wagner und Osterbräuche wurden vorgestellt.

Die Zeitschrift bildet ein Bindeglied zum Gastland, unter den Lesern sind auch Österreicher.

Für Verbandsmitglieder ist das Magazin gratis, Nichtmitglieder zahlen 28 Euro im Jahr. Die Zeitschrift bilde

„ein Bindeglied“ zum Gastland, unter den Lesern sind auch frankophile Österreicher, so Rössner-Pastre. Abos decken die Kosten nur zu einem kleinen Teil, der Großteil muss durch Sponsoring finanziert werden. Das Auftreiben von Sponsorgeldern ist und bleibt ein schwieriges Unterfangen.

Die französische Communauté hierzulande zählt rund 8.000 Menschen, etwa 6.000 davon leben in Wien. Auch die Wiener finden an der französischen Lebensart zunehmend Gefallen, französische Bistros und Boutiques sind en vogue. Als lukullischer Hotspot à la française gilt etwa das „Café français“ im 9. Bezirk Wien-Währing. ■

„All You Need
Is Love.“

John Lennon, 1967

impacts
catering & events

Höchste Qualität,
perfekte Inszenierung!

- Höchste Qualität
- Perfekte Inszenierung
- Professioneller Service
- Green Meetings & Events
- Regionale & Saisonale Speisenangebote



www.impacts.at

Mittagessen im Büro



WEBRESTAURANT.AT
Frisch gekocht für Sie ins Büro!

Die köstliche Alternative

*Ausgedehnte
Vielfalt*

mehr als 1.200 Gerichte
im laufend wechselnden Menüplan

*Jeder Teller
ein Genuss*

täglich frisch von
Meisterhand zubereitet

*Unser
Zugeständnis*

aus erlesenen,
aromatischen Zutaten

*Stilvoll und
umweltfreundlich*

appetitlich auf Porzellan
angerichtet



Umweltpreis
der Stadt Wien

Rendite ohne **Programmauftrag**

Öffentlich-rechtliche Anstalten sind Unternehmungen, die der öffentlichen Hand gehören, von dieser technisch, budgetär und politisch verwaltet werden und keine Gewinne abwerfen sollen. Der ORF firmiert seit jeher als Anstalt bzw. Stiftung öffentlichen Rechts. Doch eine undurchsichtige Struktur von Töchter-firmen und Beteiligungen sorgt immer wieder für Kritik.

VON ERICH FÉLIX MAUTNER
JON MENDRALA
OSWALD KLOTZ

Ein medialer Platzhirsch war der Österreichische Rundfunk schon immer. Doch auch anderthalb Jahrzehnte nach Öffnung des Rundfunkwesens für private Anbieter kommt am ORF noch immer keiner vorbei: Mit Marktanteilen von 36 Prozent für das Fernsehen und 74 Prozent für die Radiosender hat der ORF im Jahr 2012 Spitzenwerte erzielt. Auch Online konnte sich ORF.at mit einer Monatsreichweite von 44,1 Prozent als klare Nummer eins in Österreich positionieren.

Beim Publikum stimmt es. Noch – denn die Sparzwänge verleiten die Hierarchien der Fernseh- und Hörfunkdirektion dazu, genau dort zu sparen, wo die journalistische Kernkompetenz liegt: am Programm.

132 Millionen Euro lukrierten die Unternehmenstöchter für den ORF im vergangenen Jahr; neun Millionen mehr als noch 2011. Das geht aus dem Jahresbericht 2012 hervor. Zum Vergleich: Aus Rundfunkbeiträgen kamen 595 Millionen Euro zusammen, dazu kommen noch 210 Millionen Euro aus Werberlösen.

ORF-Konzern schreibt
seit Jahren schwarze
Zahlen.

Und der ORF müht sich redlich, seinen Auftrag zu belegen: Auf 103 Seiten legt die Anstalt dar, warum und wie sie 2012 den „öffentlich-rechtlichen Kernauftrag“ erfüllt habe. Nachrichten, Informationen,

Bildung, Kultur, Brauchtum oder Volksgruppen – alles werde umfangreich in Hörfunk, Fernsehen und Internet abgebildet, ist man sich auf dem Königberg gewiss.

Dass keine vier Monate später die Musikprotokolle und der Ingeborg-Bachmann-Preis künftig dran glauben müssen, um Geld zu sparen, ist offenbar bloß eine Petitesse. Wobei Generaldirektor Alexander Wrabetz es im letzten Moment ja noch geschafft hat, sich zumindest beim Bachmann-Preis als der große Retter in letzter Minute zu präsentieren.

Seit 2011 ist der ORF nun eine Stiftung öffentlichen Rechts des Bundes und arbeitet offiziell als Mutter aller ORF-Firmen öffentlich-rechtlich. Doch die Tochterfirmen (siehe Kasten „Netzwerk der Nicht-Öffentlichkeit“) funktionieren an-

© Parlamentsdirektion/Wilke (2)



Josef Cap, SPÖ



Dieter Brosz, Grüne



© ORF

ders. Die Töchter kümmern sich ertrags- und gewinnorientiert um Werbekunden, vermarkten Smartcards, dienen als Produktionsfirmen, sorgen sich um das Unternehmensmarketing und vermarkten ORF-Produktionen international. Soweit die Unternehmensrealität, wie sie sich heute darstellt.

Töchterunternehmen
retten Kernkompetenz
des ORF.

Aber es gibt auch Vorgänge, die nicht ganz in das Geschäftsgebaren eines zur Transparenz verpflichteten Akteurs passen. Ein Beispiel: In der schönsten Urlaubszeit, am 3. August 2011, wurde das bei Künstlern so beliebte Veranstaltungs- und Vermittlungsbüro des ORF, die ORF-Enterprise GmbH, gelöscht. Die Trauer der Betroffenen hielt sich in engen Grenzen, sofern dies überhaupt jemand bemerkt haben sollte. Außerdem wurde am selben Tag die ORF Promotion & Programmservice GmbH & Co KG gegründet und gleichzeitig

die ORF-Enterprise Beteiligungs GmbH in ORF-Enterprise GmbH umbenannt.

Die ORF-Enterprise GmbH gibt es demnach irgendwie bis heute. Dabei ist das jetzt eine andere Firma, die nur genauso heißt, weil das ORF-Gesetz solche Schlupflöcher zulässt. Personen, die mit der ORF-Enterprise GmbH vor dem 3. August 2011 Verträge abgeschlossen hatten, merkten, dass es sie nicht mehr gab, auch erst, wenn sie eine Forderung an diese hatten und diese sechs Monate und einen Tag nach der Rochade einfordern wollten. Oder wenn sie ins Firmenbuch schauten. Aber wer macht das schon?

[Statement] wartet noch auf eine Erläuterung des ORF zu diesen Geschäftspraktiken.

Die Politik betrachtet den ORF mit teils gemischten Gefühlen. So ist Dieter Brosz, Klubobmann der Grünen im Nationalrat, überzeugt, dass „der ORF generell so stark auf die Konkurrenz mit den privaten Sendern setzt. Nicht jede Show muss auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gezeigt werden. Im Infor-

mationsbereich ist die Berichterstattung im Unterschied etwa zur ARD sehr regierungslastig.“ Dass der ORF als nicht gewinnorientierte öffentlich-rechtliche Stiftung über eine Vielzahl von Tochtergesellschaften verfügt, hält Brosz „grundsätzlich nicht für problematisch, solange die Gewinne wieder dem ORF zugutekommen“. Für SPÖ-Klubobmann Josef Cap hinge-

gen besteht gar kein Zweifel, dass der ORF seinem öffentlich-rechtlichen Auftrag ausreichend nachkommt: „Ja, das tut er.“ Und auch die gewinnbringenden Töchter sind für ihn legitim, denn „die Basis für den ORF sind das EU-Recht und die nationale Gesetzgebung. Die Gewinne tragen zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Programms bei.“ ■

Geschichte des ORF

1924 wurde die Radio Verkehrs AG (RAVAG) gegründet. Nach dem nationalsozialistischen „Anschluss“ 1938 wurde die RAVAG aufgelöst, der Sender der deutschen Reichsrundfunkgesellschaft angegliedert. Ab 1939 ging dann der gleichgeschaltete Reichssender Wien on air. Nach 1945 konnte Radio Wien unter sowjetischer Besatzung wieder senden. Auch in allen anderen drei Besatzungszonen ließen die alliierten Militärverwaltungen Rundfunk zu. Mit dem Staatsvertrag 1955 wurden diese als Österreichisches Rundspruchwesen vereinigt. Am 11. Dezember 1957 wird die Österreichischer Rundfunk Ges.m.b.H. gegründet, die nach dem vom Parlament verabschiedeten ORF-Gesetz nun Österreichischer Rundfunk heißt. Grundlage für den ORF in seiner heutigen Form war das erste österreichische Volksbegehren im Jahr 1964, das auf eine Reform des Rundfunkwesens abzielte. In Folge wurde 1966 das Rundfunkgesetz beschlossen, das am 1. Jänner 1967 in Kraft trat. Mit dem Rundfunkgesetz 1974 wurde der ORF zu einer Anstalt öffentlichen Rechts, 2001 aus der Anstalt eine Stiftung öffentlichen Rechts.

[„Wunsch mir was“ oder: Lieber ORF, liebe Politik ...]

„Wie würde ein unverfälscht öffentlich-rechtlicher ORF aussehen?“, fragt die [Statement]-Redaktion bei mir an. Maximal zwei Seiten dürfe meine Antwort lang werden. Für mich als einen leidenschaftlichen Anhänger des öffentlich-rechtlichen Prinzips bedeutet das eine Herausforderung, denn die Wunschliste ist länger als die verfügbaren Spalten.

KOMMENTAR VON FRITZ HAUSJELL

Beginnen wir beim jüngsten Sender: ORF III kann sich sehen lassen und wird auch viel gesehen. Aber neben dem Bewährten aus den Ressorts Kultur und Information sollte ORF III auch als Experimentierplatz für junge, nicht-arrivierte Kunst und Kultur genutzt werden, ebenso für neue Diskussionsformate. Zudem sollten etliche Schätze aus dem Archiv nicht einfach nur abgespielt, sondern stärker kontextualisiert werden: Wie gingen eigentlich die Geschichten von damals weiter, was wurde aus den handelnden Personen? Ansatzpunkte dafür gäbe es genug.

Nehmen wir zum Beispiel die Story rund um den ewig polternden Elektriker Edmund „Mundl“ Sackbauer. „Ein echter Wiener geht nicht unter“ – wie heftig waren doch die Debatten bei der Erstaussstrahlung! Die Fernseh-Unterhaltung erlebte einen für damalige Verhältnisse schockierenden Tabubruch: Eine Familie im Arbeitermilieu als Hauptfigur, die in den Entwicklungsgeschichten mit nahezu allen damals heißen gesellschaftspolitischen Themen konfrontiert wurde.

[ORF-Redaktionen sind klein im Vergleich zu jenen deutscher Sender.]

Das schreit doch geradezu nach einer ebenso mutigen wie zeitgemäßen Nachfolge-Serie. Ging es damals – zwischen 1975 und 1979 – um den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse, müsste es nun um das Ankommen der Migranten

in der Mitte der Gesellschaft gehen – idealtypischerweise mit einer zugewanderten weiblichen Hauptfigur nach dem Motto „Eine echte Österreicherin dagegen sehr...“ Bisher traute man sich in TV-Unterhaltungsformaten Zugewanderte allerdings nur in Nebenrollen auftreten zu lassen.

Bei politischen TV-Diskussionssendungen ist zwar das Gebotene beachtlich, wenn man bedenkt, wie klein die ORF-Redaktionen im Vergleich mit jenen deutscher Sender sind. Mit dem Projekt „New Faces“ werden nun sinnvollerweise mehr Junge und mehr Frauen für die Debattenplätze gesucht. Dabei sollte auf einen weiteren Aspekt gesellschaftlicher Vielfalt nicht vergessen werden: Dass Migranten in vielen Berufen längst erfolgreich sind und etwas zu sagen haben. Auch wenn es dem ORF wie fast allen anderen Medien noch nicht gelungen ist, die Redaktionen deutlich bunter zusammensetzen, muss ein Rundfunk die gesamte Diversität der Gesellschaft abbilden. Es braucht also neue Gesichter in der Information wie auch in der Unterhaltung.

Immer noch wünsche ich mir ein Medienmagazin in TV, Radio und Online, weil Medienkompetenz in der modernen Gesellschaft unerlässlich wurde und Medienkritik nicht ausschließlich der privatwirtschaftlichen Print-Konkurrenz überlassen werden sollte. Dazu gehört, dass in der ambitionierten Zeitgeschichte-Vermittlung des ORF künftig auch die Geschichte der Medien, des Journalismus und der Propaganda nicht ausgespart wird.

[Medienkritik sollte nicht nur der Print-Konkurrenz überlassen werden.]

Wenn man schon meint, der *Club 2* sei nicht mehr zeitgemäß gewesen – was war eigentlich der Grund für seine zweite Einstellung? Warum bekam er keine Innovationschance? Eine Trademark wie den *Club 2* aufzugeben, halte ich nach wie vor für verfehlt. Vielleicht schafft ORF III ja einen *Club III* mit erfrischenden Runden aus bekannten und neuen



ORF-Zentrum Wien.



diskutierfreudigen Menschen, die nicht zu spät beginnen und open enden.

Ich wünsche mir, dass der ORF dem Druck jenes Teils der Politik nicht erliegt, der meint, Journalisten wären zu hoch bezahlt. Wenn junge Menschen einen Zweitjob brauchen, um sich den Journalismus leisten zu können, dann machen wir sicher etwas falsch.

Natürlich braucht der ORF ein neues, zeitgemäßes Haus, in dem klug konzipiertes trimediales Arbeiten passiert. Das heißt ja nicht, dass man das denkmalgeschützte Funkhaus aufgeben soll. Im Gegenteil: Ein Teil des Funkhauses in der Argentinierstraße sollte weiter als Veranstaltungsort des ORF dienen, der Großteil indes vom Bund in ein neues Museum für die Geschichte moderner Medien (Radio, TV und Internet) umgestaltet werden.

Nachdem der Verfassungsgerichtshof Ende Juli klugerweise das kuriose ORF-Facebook-Verbot als Verstoß gegen Rechte auf freie Meinungsäußerung und Rundfunkfreiheit aufgehoben hat, könnte man sich von der österreichischen Politik

sachte erhoffen, künftig Sinnvolleres ins neue ORF-Gesetz zu schreiben: Etwa eine grundsätzliche Entwicklungsgarantie, die es dem Rundfunk erlaubt, die jeweils zeitgemäßen Kommunikationstechniken zu nutzen. Im Übrigen sollte im künftigen Gesetz die Limitierung der Anzahl der regionalen Onlinemeldungen

BBC oder ARD verfügen über ein x-faches Budget des ORF.

fallen. Das ebenfalls weitgehend kuriose Cross-Promotions-Verbot zwischen den Sendern des ORF sollte auch gestrichen werden. Wer möchte, dass der ORF seine besten öffentlich-rechtlichen Angebote optimal seinem Publikum anbietet, kann ja wohl nichts dagegen haben, dass auf ORF I und 2 auf Sendungen auf ORF III, 3sat und Ö1 breiter verwiesen wird, oder?

Sicher kann der ORF auf etliche billig eingekaufte Filme und Serien verzichten, aber damit würde nicht das nötige Geld für mehr Eigen-

produktionen eingespart. Und mit einem konsequenten und radikalen Personalabbau kann man zwar möglicherweise gewaltig Kosten einsparen, aber sicherlich kein gutes Programm machen.

Also her mit der Haushaltsabgabe, wie sie bereits etwa in Deutschland eingehoben wird, die politikfern organisiert und automatisch valorisiert für eine krisensichere ORF-Finanzierung sorgt. Denn eines sollte den Kritikern des ORF schon hin und wieder bewusst werden: Öffentlich-rechtliche Medienbetriebe, an denen der heimische oft gemessen wird, also BBC oder ARD, verfügen über ein x-faches Budget des ORF.

Im Übrigen sollten die privatwirtschaftliche Konkurrenz und ihre Interessensvertretung die destruktive Politik, dem ORF Fesseln anzulegen, aufgeben. Der Verband Österreichischer Privatsender (VÖP) konzentriert sich schon seit geraumer Zeit auf Versuche, öffentlich-rechtlichen Rundfunk eigentümlich eng zu definieren, vergisst dabei aber, selbst Visionen und Perspektiven für ein attraktives österreichisches Privatfernsehen zu entwickeln. ■



© Privat

Zum Autor Fritz Hausjell

Fritz Hausjell, Jahrgang 1959, arbeitete in den frühen 1980er-Jahren als Magazinjournalist beim *Extrablatt*, 1985 schloss er sein Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft sowie Pädagogik an der Universität Salzburg ab. Er ist Autor zahlreicher Bücher; seit 1986 Mitherausgeber der Fachzeitschrift *Medien & Zeit*. Derzeit außerordentlicher Universitätsprofessor am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien, nebenberuflich an den Fachhochschulen St. Pölten und Wien.

Verena Daum-Kuzmanovic: „Ich bin eine Weltenbummlerin“



Erfolgreiche
Chefredakteurin
im Russ-Land.

Seit Ende 2012 leitet sie die *Vorarlberger Nachrichten*. Ihr Ziel: Die Blattlinie beibehalten und die Zeitung dennoch jünger und weiblicher machen. Im [Statement]-Portrait erzählt Verena Daum-Kuzmanovic über Hartfakten-Journalismus, über ihr Selbstverständnis als Weltenbummlerin und die beruhigende Wirkung des täglichen Gassigehens.

VON NINA BAYER

Eine Erscheinung wie die *Wann & Wo*-Titelseite: Selbstbewusst, perfekt gestylt und nicht nur ihr zartes Parfum versüßt ihre unmittelbare Umgebung: Verena Daum-Kuzmanovic verbreitet gute Laune, wo immer man ihr begegnet – stets trägt sie ein Lächeln im Gesicht.

Seit Allerheiligen vergangenen Jahres genießt sie mittlerweile die Position als erste Chefredakteurin der *Vorarlberger Nachrichten* (VN). Beim Start ins neue Amt wurde sie von Kollegen und Lesern sehr skeptisch beäugt. Denn zuvor hatte sie als Chefredakteurin der Wochenzeitung *Wann & Wo* im selben Haus gedient, immerhin 26 lange Jahre. Ihr altes Blatt ist eigentlich ein publizistisches Leichtgewicht: Party, Promis, Human Interest. „Wenn jemand eine Jugendzeitung macht und dann der Landeszeitung vorsteht, schien für manche Skepsis angebracht. Aber ich kenne alle Produkte hier im Haus genau – und selbstverständlich ist mir der Unterschied klar.“

Neu sind für sie primär der Rhythmus einer Tageszeitung, das tägliche Produzieren und die Größe ihres Teams. Die VN sind der Platzhirsch im westlichsten Bundesland: 72.000 verkaufte Auflage von Montag bis Freitag, 80.000 an Samstagen, das entspricht einer Reichweite von über 50 Prozent. Mit anderen Worten: Ihr Blatt lesen mehr Vorarlberger als alle anderen Zeitungen zusammen.

Daum-Kuzmanovic soll Emotionen ins Blatt bringen, es „menscheln lassen“ – und dennoch lautet das Kerngeschäft „harte Fakten“. „Wir sind die Zeitung für Vorarlberg – hier ist der investigative Journalismus gefragt und von mir angestrebt. Dies ist für mich eine tolle Herausforderung“, sagt die Chefredakteurin, die nicht nur permanent online und erreichbar, sondern auch ständig im Dialog sein will.

Verlagsgeschäftsführer und Grandseigneur Eugen A. Russ leitet seit drei Jahrzehnten die Geschicke des Hau-

ses. Er ist mit der Neubesetzung sehr zufrieden. Schließlich hat er sie ausgewählt: „Verena Daum-Kuzmanovic macht ihre Arbeit hervorragend. Die Zeitung ist jünger und weiblicher geworden. Und die sozialen Themen sind noch mehr in den Vordergrund gerückt.“

Das Redaktionsteam sei nun geeint, glaubt Russ, und ziehe gemeinsam in eine Richtung. Den bisherigen Erfolg mit seiner „Personalie“ Daum-Kuzmanovic scheint dem Patron rechtzugeben. Leicht hatte er es sich nicht gemacht: Russmedia gehören mehr als acht Tageszeitungen in Vorarlberg und Ungarn, sieben Wochenzeitungen sowie 70 Gratisblätter; 1.500 Mitarbeiter arbeiten im Konzern.

Verena Daum-Kuzmanovic: „Im Verlagshaus Russmedia geht es sehr familiär zu.“

Wenn sich die Journalistin Verena Daum-Kuzmanovic ihrem Gegenüber öffnet, kommen hinter dem bunten Titel – einer Zeitung gleich – auch die anderen „Ressorts“ zum Vorschein: Hier in Schwarzach, weit weg von Wien, zwischen Dornbirn und Bregenz, fühlt sich die Naturliebhaberin wohl: „Bei uns im Verlag geht es sehr familiär zu; zudem ist unsere Landschaft eine Perle“, schwärmt die im Lände Geborene. Doch die 49-jährige fühlt sich nicht nur in Vorarlberg, sondern auf der ganzen Welt zu Hause. Eigentlich sei sie eine „Weltenbummlerin“, betont die Vielgereiste.

Als Jugendliche verbrachte sie viel Zeit in London, Hongkong und New York. Eigentlich wollte sie ja ganz nach Amerika auswandern, „doch den Eltern zuliebe bin ich zu Hause geblieben“, erinnert sie sich. Nach der Rückkehr ist sie über ihre Jugendfreundin und Mentorin Marianne Mathis zum Unternehmen gekommen. Die freundschaftliche Verbindung zu Mathis, die selber einmal stellvertretende Chefredakteurin der VN war,

reicht bis in die pubertäre Sturm- und Drangzeit zurück. Mathis: „Verena war schon immer entschlossen, verlässlich, risikofreudig und angetrieben von starkem Willen mit unendlich viel Energie. Innerlich verbindet uns eine Art Seelenverwandtschaft.“

Nicht viele ehemalige Boulevard-Journalisten können Menschen wie den Missionsbischof Erwin Kräutler oder den Menschenrechtsaktivisten und Autor Jean Ziegler zu ihren persönlichen Freunden zählen. Daum-Kuzmanovic schon.

Kritisch beäugt sie an der eigenen Zunft, dass zwar viel über Qualitätsjournalismus gesprochen werde, aber vielen Medienmanagern schlichtweg das Verständnis für guten Journalismus fehle oder ihnen die Wertschätzung für das Handwerk abgehe: „Ich wünsche mir deshalb mehr gestandene Journalisten in den Management-Abteilungen der Verlage und Sender.“ Statt auf die Qualität der Arbeit schaue man lieber auf die „Schlagzahl“, also darauf, wie viele Artikel pro Tag jemand liefere. „Für mich ist das ein absolutes Unwort. Da stellen sich bei mir die Grausbeulen auf.“ Konflikte will sie direkt lösen: „Ehrlich währt am längsten“, gibt die Chefredakteurin als Losung aus.

Vielen Medienmanagern fehlt das Verständnis für guten Journalismus.

Ruhe vom Blattmachen findet Daum-Kuzmanovic bei ihren beiden argentinischen Doggen Artus und Gitana: Zwei mal täglich Gassi gehen, – mit dem Sackerl gegen die Allüren des Chefseins.

Ins rechte Bild rückt die Musikliebhaberin ihr zwölf Jahre jüngerer Mann, der Pressefotograf Miro Kuzmanovic. Kennengelernt haben sie sich bei einer ihrer zahlreichen Hilfsaktionen. Ihre Liste an humanitären Einsätzen der vergangenen Jahre liest sich fast wie die Katastrophenberichterstat-

tung in der Chronik: 1993 bei der Hungerkatastrophe war sie in Somalia; 1994, nach dem Genozid, in Ruanda. Sie half im kongolesischen Flüchtlingslager Goma bei der Wasseraufbereitung; 1999 war sie nach den Verwüstungen durch den Wirbelsturm „Mitch“ beim Wiederaufbau von Indiodörfern in Nicaragua im Einsatz. Im Jahr 2000 half sie ehrenamtlich bei Caritas-Projekten in Mosambik, Äthiopien und Südafrika. Zuletzt war Daum-Kuzmanovic 2006 in Burkina Faso helfend unterwegs.

Helfen – für die Topjournalistin ein Leitmotiv; aktuell die VN-Hilfsaktion, gemeinsam mit dem Roten Kreuz, für mehr als 2.000 syrische Familien aus dem Bürgerkriegsland. „Ein Buch über meine Einsätze ist in Planung“, verrät Daum-Kuzmanovic, die vor Ort stets anpackt und berichtet. Aufklärung und Bewusstsein schaffen, das sei immer ihr großes Ziel als Journalistin und Chefredakteurin gewesen.

Mal schauen, ob die „Weltenbummlerin“ tatsächlich dauerhaft sesshaft werden kann ... ■

Webtipps:
www.vorarlbergernachrichten.at

www.russmedia.com



Zur Autorin
Nina Bayer

Geboren 1978 in Wels, lebt als freie Journalistin in Wien. Schon mit 20 war sie in Linz journalistisch tätig, danach für APA, Ö1 Campus, *mediant Verlag*, u.a. Sie besuchte die OÖ Journalistenakademie und lebte in Schottland, wo sie ein Mediencollege absolvierte und für den erfolgreichen Filmproduzenten Bob Last tätig war.

Zensur im Tigerstaat

In vielen globalen Indizes schneidet Singapur hervorragend ab. Aber trotz beträchtlichen Wohlstands und hohem Bildungsgrad werden die Medien zensuriert. Der autokratisch regierte Inselstaat begründet dies mit ethnischen Rücksichten. Darunter leiden nicht nur die Journalisten, sondern auch die Demokratie.

VON [STATEMENT]-KORRESPONDENT
FELIX LILL AUS SINGAPUR

Vier Fahrer für Anzetteln eines Streiks angeklagt“, titelte *Today*, die meistgelesene Tageszeitung des Landes, Ende November 2012.

Es ist die Aufmacher- und Aufregungsgeschichte in dem Land, das Politikwissenschaftler wie Andreas Ufen als „gelenkte Demokratie“ bezeichnen. Zwei Tage lang hatten vier chinesischen Busfahrer der staatlichen Verkehrsbetriebe die Arbeit niedergelegt. Streiks sind aber in Singapur verboten. Zwischen sechs und acht Wochen mussten die vier ins Gefängnis: wegen „Verschwörung und Anzetteln eines Streiks“. Der Vorsitzende Richter begründete das Urteil damit, dass die Tat gravierende Auswirkungen auf das tägliche Leben der Einwohner und Pendler gehabt habe.

Über 100 Busfahrer folgten schließlich dem Aufruf. Der Streik markierte den ersten derartigen Vorfall seit 26 Jahren, das Medieninteresse war dementsprechend groß. Das Tabloidblatt *The New Paper* räumte gar zwei Seiten frei, um zu beschreiben, wie sich fast 200 Chinesen an einem Montagmorgen bei Arztpraxen angestellt hatten, um mit einem Attest der Arbeit fernbleiben zu können. „Simulanten sind schwer zu erkennen“, betitelte die Zeitung das Dilemma der Ärzte, die mit ihren Bescheinigungen unwissentlich sozialen Ungehorsam unterstützten hatten.

Als die Streiks nach zwei Tagen vorbei waren, titelte Singapurs renommierteste Tageszeitung *The Straits Times*, dass das Transportsystem wieder einwandfrei funktionierte und die Busfahrer bereits polizeilich verfolgt würden. Dazu wurden

Menschen auf der Straße zitiert, die ihren Unmut über die Verkehrsstörungen äußerten. Auch der Verkehrsbetrieb, der die Busfahrer beschäftigt, musste Stellung nehmen. Nur eine Frage wurde in keiner Zeitung gestellt: Warum ist es kriminell, wenn Menschen wegen schlechter Bezahlung die Arbeit niederlegen?

Singapur liegt im Human Development Index der UNO nur einen Platz hinter Luxemburg, das Bildungssystem gilt als vorbildlich und das Durchschnittseinkommen ist höher als in Österreich. Aber im weltweiten Pressefreiheitsindex der US-amerikanischen NGO Freedom House rangiert Singapur gerade einmal auf Platz 153, gemeinsam mit Krisenländern wie dem Irak oder Afghanistan. Mit ein Grund: Singapurs Justiz ist berüchtigt. Bei Besitz von überschaubaren Mengen an Rauschgift wird die Todesstrafe verhängt, schwere körperliche Züchtigung droht schon bei Bagatelldelikten, wie etwa Abfall auf die Straße zu werfen. Freie Meinungsäußerung kann für Andersdenkende gefährlich sein.

Keine andere Regierung eines hochentwickelten Industriestaats hat die öffentliche Meinung so fest im Griff wie die von Singapur. Um operieren zu dürfen, benötigen Medien eine Lizenz der Regierung. Die Zeitungen im Land werden aber ohnehin größtenteils durch die staatlich kontrollierte *Singapore Press Holdings* verlegt, TV- und Radiosender betreibt das Staatsunternehmen *MediaCorp*. Im Internet sind pornografische sowie alle Seiten gesperrt, welche die öffentliche Ordnung beeinträchtigen könnten; private Haushalte dürfen deshalb keine Satellitenschüsseln besitzen. Und wenn Journalisten es wagen, die Regierung zu kritisieren, schlägt der Repressionsapparat mit aller Härte zu: Vor sechs Jahren schrieb etwa der bekannte Kolumnist Lee Kin Mun in *Today*, die Singapurianer hätten die wirtschaftspolitische Ausrichtung auf Wachstum satt und wollten die dadurch steigenden Preise nicht weiter hinnehmen. Wenige Tage später durfte seine Kolumne „Mr. Brown“ nicht mehr erscheinen.





© Felix Lill (2)

Das kontrollierte Mediensystem Singapurs hat seinen Ursprung in der Angst der Behörden vor ethnischen Konflikten in der „Löwenstadt“. Denn seit der Unabhängigkeit vom britischen Empire 1965 ist die multiethnische Gesellschaft Staatsdoktrin. Fast alle der fünf Millionen Einwohner haben indische, chinesische, indonesische oder malaysische Wurzeln. Zwischen den Communities gab es historisch immer wieder

Staatliche Zensur aus Angst vor ethnischen Konflikten.

Spannungen. „Singapur ist eine der fragilsten Gesellschaften der Welt“, ist die vorsichtige Analyse des ehemaligen UN-Botschafters von Singapur und heutigen Politikprofessors Kishore Mahbubani. Damit Konflikte nicht eskalieren, dürften Medien nicht über ethnische Spannungen berichten, glaubt er. Da mittlerweile mehr als ein Fünftel der Bevölkerung Ausländer sind, bestehe heute noch mehr Potenzial für Konflikte als bei Gründung des Staats.

Ausländischen Journalisten geht es bei ihrer Arbeit an der Singapore Strait etwas besser. Mario Schmidt war fünf Jahre lang als Südostasien-Korrespondent für die ARD vor Ort: „Als ausländischer Journalist ist man privilegiert. Die Behörden wissen, man berichtet kaum über das Land, sondern aus der gesamten Region. Aber von Kollegen aus Singapur weiß ich auch, dass mit Repressionen zu rechnen ist, sobald man nach gängigen journalistischen Maßstäben arbeitet, also auch einmal gegen die Regierung Position bezieht.“

Zensur und Bevormundung scheinen den Singapurianern jedoch zusehends auf die Nerven zu gehen. Eine Analyse der staatlichen Lew Kuan Yew School of Public Policy aus dem Jahr 2011 zeigt, dass 30 Prozent der Einwohner den staatlichen Mainstream-Medien nur bedingt vertrauen und sich daher im Internet orientieren. Fast die Hälfte der Befragten glaubt mittlerweile, dass nicht ausgewogen berichtet wird, und 56 Prozent finden, dass die Regierung zu viel Kontrolle über die Medien hat. Auch in der Branche selbst sorgt dies für Unmut. Durch Wikileaks wurde be-

kannt, dass gerade junge Journalisten über ihre Einschränkungen bei der Arbeit frustriert sind und berufliche Erfüllung zusehends im Ausland suchen.

Regierungskritische Journalisten dürfen nicht mehr schreiben.

Für Singapurs Regierung scheint dies allerdings kein Grund für Veränderungen zu sein. Der ehemalige Premierminister Goh Chok Tong befand, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sei wichtiger als die politische. Noch Ende vergangenen Jahres verbot die Medienbehörde des Kommunikationsministeriums wieder einmal die Ausstrahlung eines Films im Fernsehen; es ging um die Satire „Pom Masala“, in der es auch um Sex und Gewalt geht. Doch obwohl es sich um eine Satire handelte, enthalte der Film explizite Äußerungen, welche die indische Gemeinschaft diskriminierten, lautete die amtliche Begründung. Die No-Conflict-Strategie im Vielvölker-Ministat greift am Ende immer. ■



© privat

Zum Autor Felix Lill

Geboren 1985, akademische Abschlüsse in VWL (BSc, WU Wien), Philosophie (MSc, London School of Economics), Public Policy (MPP, Hertie School of Governance, Berlin, Universität Tokio). Journalistenausbildung an der City University London. Freier Journalist seit 2008. 2011–2012 Korrespondent in London (u.a. *Die Presse*). Seit 2012 Korrespondent in Tokio. Regelmäßiger Autor u.a. für *Die Zeit*, *Zeit Online*, *Tagesspiegel*, *Die Presse*, *Neue Zürcher Zeitung*. Bevorzugte Themen: Wirtschaft, Politik, Sport. Zahlreiche Auszeichnungen: Österreichischer Sportjournalistenpreis 2010, 2011, 2012. ÖZIV Medienpreis 2012.

Eine **Chance** für lokale und regionale Medien



Auf den heurigen „Lokalrundfunktagen“ im bayerischen Nürnberg wurden die Chancen, aber auch die Risiken für lokale Radio- und Fernsehmacher ausgiebig diskutiert. Und das in einer Zeit, in der Zeitungen ihre Leser stark vernachlässigen.

VON FRED TURNHEIM

Auf den heurigen „Lokalrundfunktagen“ im bayerischen Nürnberg wurden die Chancen, aber auch die Risiken für lokale Radio- und Fernsehmacher ausgiebig diskutiert. Und das in einer Zeit, in der Zeitungen ihre Leser stark vernachlässigen.

Wirbelstürme und Überschwemmungen können auch etwas Erfreuliches sein. Zumindest für Lokaljournalisten und ihre Medien. Nachdem im vergangenen Jahr der Wirbelsturm „Sandy“ Teile von New York und New Jersey verwüstete, gab einer der wichtigsten Medienvisionäre der Gegenwart, Jeff Jarvis, ein Interview: „Ich glaube, dass ‚mobil‘ ein Übergangsbegriff ist; er wird früher oder später ‚lokal‘ bedeuten.“ Der US-Journalist ist auch davon überzeugt, dass sich für die lokalen Medien attraktive Geschäftsmodelle aufbauen lassen. Es geht, so Jarvis, um die rasche und seriöse Information der betroffenen Bevölkerung in Krisensituationen.

Die Zukunft gehört also den lokalen und regionalen Medien, davon

ist auch der Präsident der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien, Siegfried Schneider, überzeugt: „Die Nähe zum Hörer und zum Zuschauer wird auch in der digitalen Welt zum Erfolgsfaktor.“

Die Zukunft liegt im lokalen und regionalen Journalismus.

Krisen, so Jarvis, seien eine Chance für lokale und regionale Medien. Sie können in einer Extremsituation ihre besondere Relevanz beweisen. Als im heurigen Frühjahr halb Bayern unter Wasser stand, haben der regionale und lokale Hörfunk, aber auch das Regionalfernsehen, eine besondere Bedeutung bekommen. Dabei wurden besonders die regionalen Hörfunk- und Fernsehkanäle genutzt, um über die aktuelle Hochwasserlage zu berichten. Dabei wurden aber nicht nur die „klassischen“ Sendeformen genutzt. So hat der niederbayerische Sender DonauTV innerhalb von nur sieben Tagen seine „Freunde“ auf Face-

book verdoppelt, wie Geschäftsführer Thomas Eckl stolz erzählt. Das ist auch Marketing für die terrestrische Verbreitung des Senders.

Dabei werden Fernsehbeiträge nicht nur terrestrisch, sondern über Facebook und auch über YouTube gesendet. Hier entstehen aus linearen Programmen lokale Plattformen, auf denen Programmierer und Zuseher zusammenarbeiten.

Die Verbreitung der Sendungen erfolgt also auch über das Internet. Daher ist die Debatte über die Netzneutralität besonders für lokale und regionale Programmierer, aber auch für den immer stärker werdenden Bürgerjournalismus, extrem wichtig. Schneider argumentiert: „Wenn sie beispielsweise bei der Verbreitung ihrer Angebote schlechter gestellt wären als ein Streamingdienst wie Spotify, käme dies einer ‚nicht hinnehmbaren‘ Diskriminierung gleich.“

Regionale und lokale Medien müssen in die Digitalisierung investieren. Die Zukunft liegt in den bürgernahen Medien. Dabei ist nicht relevant, auf welcher technischen

Plattform die Informationen unsere Hörer und Seher erreichen. Wichtig ist nur, dass wir unser Publikum erreichen: terrestrisch, digital, über das Internet, auf Facebook, Twitter und Co. ■



© Bernhard Möstl

Zum Autor
Fred Turnheim

ist freier Journalist. Er lebt und arbeitet in Wien und Berlin. Nach 37 Jahren im ORF hat er sich mit der Berliner Firma „MedienZirkus Berlin-Wien“ selbstständig gemacht. Turnheim unterrichtet Journalismus, PR und Neue Medien an verschiedenen Institutionen der Erwachsenenbildung.



WIE MAN NUR SO STRAHLEN KANN?

VIELLEICHT LIEGT'S AM RICHTIGEN JOB?

Findet jemand den richtigen Job, fällt das allen auf. Denn man geht plötzlich positiver durchs Leben.

Den richtigen Job findet man übrigens immer auf [karriere.at](https://www.karriere.at).

karriere.at
ÖSTERREICHS
GRÖSSTES JOBPORTAL

[Kampf an allen Fronten]

Die Linksregierungen in Mexiko und Ecuador haben vor der Sommerpause ihre Mediengesetzgebungen drastisch reformiert. In Honduras ist die Arbeit von Journalisten mittlerweile sogar lebensgefährlich: Seit 2010 wurden etwa 30 Kollegen in Ausübung ihres Berufs ermordet. Nur Mexikos Drogenkrieg fordert mehr Opfer.

VON JAN MAROT

Ecuator: Wenn eine Zivilgesellschaft nicht sonderlich stark ausgeprägt ist und eine Regierung die Opposition ungestraft gängeln kann, dann braucht es manchmal nur eine Nacht-und-Nebel-Aktion und ein paar juristische Winkelzüge, um die einzig ernstzunehmenden verbliebenen Kritiker – die Journalisten – auch an die Kette zu legen. Mitte Juni ratifizierte das Parlament Ecuadors mit der Mehrheit der Abgeordneten der Regierungspartei von Präsident Rafael Correa ein neues, heftig umstrittenes Mediengesetz. Die Ziele der Partei: nicht mehr und nicht weniger als die „staatsbürgerliche Revolution“. Die Opposition empört sich nicht nur über Änderungen, die in quasi letzter Minute eingeführt worden waren. Sie kritisiert, dass durch die neuen Gesetze einer politischen Einflussnahme auf Sender und Verlage Tür und Tor geöffnet würden.

Denn mit den neuen Mediengesetzen Ecuadors wurde unter anderem auch ein sogenannter nationaler Kommunikationsrat installiert. Das sechsköpfige Gremium leitet künftig ein enger Vertrauter des Präsidenten. Dieses Gremium werde stets über eine Regierungsmehrheit verfügen, klagt die Opposition.

[Mexiko will Medienkonzentrationen von mehr als 50 Prozent zerschlagen.]

Und dessen Einfluss wird beträchtlich sein: Der Kommunikationsrat soll die Medien kontrollieren und gegebenenfalls auch sanktionieren. Sogar über den Entzug von Sendefrequenzen wird dort beraten.

Der charismatische Populist Correa, der das Land seit 2007 regiert, plant, die Sendelizenzen für Hörfunk und

Fernsehen paritätisch auf gelenkte Staatsmedien, Privatsender, offene Kanäle und Bürgersender zu verteilen – ein Vorhaben, das ganz klar darauf abzielt, die Macht der Privaten zu unterminieren, die Correa in der Vergangenheit das eine oder andere Ei gelegt hatten, was dieser öffentlich als „mediales Lynchen“ geißelte. Bis zu Correas Amtsantritt gab es nur Privatsender. Als eine der ersten Amtshandlungen richtete der neue Präsident staatliche Anstalten ein.

Bei Verstößen gegen die neuen Richtlinien drohen Bußgelder von zehn Prozent des Umsatzes.

Mexiko. Rund 2.500 Kilometer weiter nördlich herrschen andere Probleme. Mexiko ist wegen der eskalierenden Drogenkriege das zurzeit gefährlichste Pflaster für Journalisten. Doch die Regierung der lateinamerikanischen Großmacht versucht – anders als in Ecuador – nicht, die Medien politisch zu beeinflussen.



© Hanna Ronzheimer

RoG-PK mit Dina Meza in Wien (v.l.n.r.): Rubina Möhring (RoG), Erhard Stackl (*Der Standard*), Gaby Müller (Übersetzung), Dina Meza, Andrea Lammers, Nina Kreuzinger (Honduras-JournalistInnen-Delegation)

© Nina Kreuzinger



Der Journalistin Dina Meza wurde als Drohung ein Leichensack vor die Türe gelegt

Vielmehr sollen fortan Medienkonzentrationen von mehr als 50 Prozent zerschlagen werden, um – so die Rechtfertigung – neue, internationale Investoren auf den dynamischen Schwellenmarkt zu locken. Nach zwölfjähriger Unterbrechung regiert seit vergangenen Dezember mit Präsident Enrique Peña Nieto wieder ein Politiker der PRI das Land. Somit ist die „Partei der institutionalisierten Revolution“, die seit 1917 de facto Staatspartei war, wieder an den Futtertrögen der Macht.

Mitte Juni 2013 in Kraft getreten, winken nun jenen Konzernen Sanktionen, die mehr als 50 Prozent Reichweite – sei es in Sachen offene

Honduras ist nach Mexiko das für Journalisten tödlichste Land Lateinamerikas.

TV-Kanäle, Pay-TV, Mobiltelefonie, Festnetz oder Internetzugang – haben. Eine neu geschaffene Regulierungsbehörde soll dies überwachen. Betroffen sind in erster Linie die Giganten am Schwellenmarkt: *Televisa*, der weltgrößte spanischsprachige Player im TV-Geschäft, und der Telekommunikations-Multi *América Móvil*, der Carlos Slim zuletzt 2012 zum reichsten Mann der Welt machte.

Profitieren wird von den Antikonzentrationsgesetzen aller Voraussicht nach die spanische *Telefónica*, zurzeit der größte Slim-Rivale. Das Gesetz soll auch das hohe Preisniveau senken, denn laut OECD-Angaben ist Mexiko nach Chile das zweitbeste Land Lateinamerikas in puncto Handynutzung. Ein weiteres Ziel der Reform ist die Schaffung zweier neuer TV-Sender zur Stärkung der Medienpluralität.

Honduras. Mittlerweile ist Honduras – nach Mexiko – für Journalisten zum tödlichsten Terrain Lateinamerikas geworden. Laut NGO Reporter ohne Grenzen (ROG) wurden allein in den vergangenen drei Jahren 29 Journalisten, Kameralleute und Fotografen bei der Ausübung ihres Berufs ermordet. Erst am 7. Juli dieses Jahres fand man die zerstückelte Leiche des 58-jährigen Journalisten Aníbal Barrow, Reporter bei *Globo-Televisión*. Zwei Wochen zuvor war er entführt worden. Anfang Juni überlebte der Fernsehjournalist Antonio Quintero einen Genickschuss knapp. Seitdem ist er halbseitig gelähmt, moderiert aber seine Talkshow weiter.

Die Gewaltexzesse lösten international Abscheu und Wut aus, sogar bei der UNESCO. Generaldirektorin Irina Bokova appellierte an Honduras Machthaber: „Wenn die Gewalttaten an Journalisten weiter ungesühnt bleiben, wird die Presse-

freiheit des Landes dauerhaft außer Kraft gesetzt.“ Die Mahnung verhallte ungehört. Die Morde hören nicht auf, sie gehen auf das Konto von Verbrechersyndikaten und Drogenbanden, die meist gut vernetzt Zugang zu Behörden und Gerichten haben. So bleiben 80 Prozent der Gewalttaten unaufgeklärt – Bedrohung, Einschüchterung, Korruption und Nepotismus sei Dank.

Verbrechersyndikate und Drogenbanden haben Zugang zu Behörden und Gerichten.

„Journalistenmorde sind in Honduras an der Tagesordnung“, konstatiert auch Rubina Möhring, Präsidentin der Österreich-Sektion von Reporter ohne Grenzen, gegenüber [Statement]. Blogger und Bürgerjournalisten leben nicht minder gefährlich.

Freien Radios werden einfach die Lizenzen entzogen, sodass manche schwarz senden. Die Journalistin Dina Meza, die vor Kurzem erst in Wien auf einer Pressekonferenz über die mörderischen Zustände in ihrem Land berichtete, leitete einen Piratsender. Sie flüchtete, nachdem man ihr einen Leichensack vor die Wohnung gelegt hatte, ins Exil. Heute lehrt sie im britischen York. „Es geschieht Zensur, und zwar

durch Mord“, sagt Möhring. Grausamkeiten dienen der Einschüchterung und Abschreckung anderer Kollegen, auf dass sie sich nicht an heikle Recherchen heranwagen. Die Strafverfolgung funktioniert in Honduras „so gut wie gar nicht“, betont Möhring. Die Behörden sprächen in der Regel von „unbekannten Tätern“. Und diese werden nie gefunden. ■

Webtipps:
www.rog.at

<http://pactopormexico.org/>

<http://www.oas.org/en/iachr/expression/showarticle.asp?artID=929&IID=1>



Zum Autor
Jan Marot

Der 1981 in Graz Geborene berichtet seit 2006 als freischaffender Auslandsjournalist für Tageszeitungen wie *Der Standard*, *Die Welt* sowie diverse Wochenzeitungen und Magazine aus Granada über Iberien und Nordafrika.

Der NSA die lange Nase zeigen

Journalisten müssen kommunizieren. Das ist ihr Beruf. Aber sie müssen auch ihre Informanten schützen. Das verlangt ihre Ehre. Daher müssen wir Journalisten alles tun, damit wissbegierige Geheimdienste nicht erfahren, welche Themen und Inhalte wir im Internet recherchieren und was in unseren E-Mails steht. [Statement] sagt, worauf Sie achten müssen.

VON FRED TURNHEIM

Die heurige Sommerstory hat es in sich. Dafür hat ein Mann gesorgt: Edward Snowden, Ex-Mitarbeiter des (über)mächtigen US-Geheimdiensts National Security Agency (NSA). Die „Nationale Sicherheitsbehörde“ ist der größte und finanziell am besten ausgestattete Auslandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten von Amerika (USA). Die NSA ist für die weltweite Überwachung, Entschlüsselung und Auswertung elektronischer Kommunikation zuständig und in dieser Funktion ein Teil der Intelligence Community, in der sämtliche Nachrichtendienste der USA zusammengefasst sind. Snowden hat etwas gemacht, was Agenten niemals tun dürfen: Er hat geplaudert. Dankenswerterweise. Zwar verriet er, wie *Der Spiegel* meinte, nicht viel Neues, aber die Zusammenfassung des Unerhörten erschreckte die Welt.

Was Snowdon verriet, war nicht alles neu, aber es erschreckte die Welt.

Wie können sich nun Journalisten, aber auch andere sensible Berufsgruppen wie Rechtsanwälte, Ärzte, Notare und Geistliche, vor der Informationssammelwut der Amerikaner schützen? Das erfuhr man bei einem „Blitzworkshop aus gegebenem Anlass“, der im Juli im Vienna International PressCenter des ÖJC stattfand. Die Vortragenden waren:

- **L. Aaron Kaplan**, arbeitet bei CERT.at. Er ist (Mit-)Begründer von Funkfeuer.at. Studium: Mathematik und Informatik in Wien. Kaplan hat

20 Jahre Erfahrung mit TCP/IP, Unix und diversen Details von Kommunikationsprotokollen. Er unterrichtet regelmäßig Kryptografie.

- **Sarah Kriesche** ist freie Journalistin in Wien. Neben Gastartikeln, die sie hin und wieder für die Futurezone schreibt, gestaltet sie hauptsächlich Radiosendungen für Ö1 Digital Leben, die Ö1-Netzkultursendung Matrix sowie Netzpolitikbeiträge für FM4. Seit 2011 recherchiert und berichtet sie regelmäßig über das Internetkollektiv „Anonymous“ sowie Verschlüsselung und Datenschutz.

- **Erich Möchel** ist derzeit für fm4, ORF.at investigativ unterwegs. Online-Journalist seit 1996, genau solange PGP-Benutzer.

- **Rene Pfeiffer** ist seit über 15 Jahren als Systemadministrator tätig, unterrichtet am Technikum Wien Datensicherheit und ist Teil des Organisationsteams der DeepSec In-Depth Security Conference.

- **Robert Waldner**, Internet Urgestein (EUNet), priv.at, Mitarbeiter bei CERT.at und





v.l.n.r.: Erich Möchel, Robert Waldner, Pepi Zawodsky, L. Aaron Kaplan, Rene Pfeiffer und Sarah Kriesche

• **Pepi Zawodsky**, selbstständiger Softwareentwickler und Systemadministrator mit besonderem Fokus auf Datenschutz und Privatsphäre; Mitorganisator von CryptoParty und Cocoaheads in Wien.

Die wichtigsten Erkenntnisse der Experten hier kurz zusammengefasst: Verwenden Sie keinen „Lieblingsbrowser“ beim Recherchieren im Internet. Wechseln Sie so oft es geht den Browser. Zum Beispiel verwenden Sie einen Browser für Ihre Bankgeschäfte, einen anderen für journalistische Recherchen und

Nutzen Sie VPN (Virtual Private Network), zum Beispiel OpenVPN. Damit haben Sie die Möglichkeit, sicher mit dem Internet über private Tunnels verbunden zu werden. Diese kostenlose Möglichkeit gibt es für Windows, Mac, iOS und Android.

Akademie in Wien ein ganztägiges Sicherheitsseminar für nur 12 Teilnehmer. Und zwar zu den Themen OpenPGM, VPS und VPN.

Noch ein paar Praxistipps: Machen Sie regelmäßig in möglichst kurzen Abständen ein Update ihrer Computersoftware, besonders aber von Adobe-Erzeugnissen wie Acrobat und Flash. Installieren Sie unbedingt eine Firewall – auch für ausgehende Informationen (OS X: Little Snitch, MS: ZoneAlarm). Deinstallieren Sie alle Programme, die Sie nicht brauchen – Sie können nie sicher

[Anonymes surfen ist leicht und kostenlos möglich.]

[Keinen „Lieblingsbrowser“ beim Recherchieren im Internet verwenden.]

Eine weitere Möglichkeit ist das Tool VPS (Virtual Private Server). Diverse Internet-Host-Anbieter vermieten Teile ihrer Serverlandschaft als virtuelle Server. Diese sind oft sehr einfach und kostengünstig zu mieten. Der Nutzer erhält vollen Zugriff auf „seinen“ Server, den er über ein Administrator-Interface steuert. Oft werden fertige Pakete angeboten, die Mailserver, Mailverschlüsselung und Domain enthalten.

[E-Mails gehören unbedingt verschlüsselt.]

wieder einen anderen für Ihr privates Surfen. Installieren Sie also auf Ihrem Rechner, neben dem Internet Explorer, auch Firefox, Opera und Google Chrome, etc. Und verwenden sie die kostenlose Software TOR: Sie erlaubt es, anonym im Web zu browsen und keine Spuren zu hinterlassen. Das System ist zwar relativ langsam, dafür aber sehr sicher. Und es erlaubt auch keine Traffic-Analysen. Sehr effizient sind auch die Browser-Tools Ghostery, Adblock Plus gegen nervige Werbung und HTTPS Everywhere.

Um Ihre Mails sicher zu verschlüsseln, gibt es die auch von Snowden verwendete OpenPGM, am besten zusammen mit dem Mailprogramm Thunderbird. Die Installation dieses Tools ist nicht ganz einfach. Aus diesen Gründen veranstaltet der ÖJC am 14. September 2013 im Rahmen der Journalismus & Medien

sein, welches Programm was wohin weitermeldet. Hier gilt: Weniger ist sicherer! Deinstallieren Sie Java! Verwenden Sie alternative PDF-Reader: Verschlüsseln Sie Ihre Festplatte, zum Beispiel mit TrueCrypt oder FileVault.

Es gibt also zahlreiche kostenlose Möglichkeiten, um journalistische Recherchen im Internet abhörsicher durchzuführen und so seine Informanten und sich selbst zu schützen. Zeigen wir der NSA einfach die „lange Nase“.

Webtipps:

Tor
<https://www.torproject.org>

Ghostery
<http://www.ghostery.com/>

Adblock Plus
<https://adblockplus.org/de/chrome>

HTTPS Everywhere
<https://www.eff.org/https-everywhere>

VPN
<http://openvpn.net/>

OpenPGM
<https://code.google.com/p/openpgm/>

Thunderbird
<http://www.mozilla.org/de/thunderbird/>

Little Snitch
<http://www.obdev.at/products/littlesnitch/index-de.html>

ZoneAlarm
<http://www.zonealarm.de/>

TrueCrypt
<http://www.truecrypt.org/>

Ratgeber Recht: Besonderer Schutz für religiöse Gefühle

Immer wieder löst berechtigte Empörung aus, mit welchen drakonischen Strafen in bestimmten Staaten auf Religionskritik reagiert wird. Ohne diese Zustände irgendwie mit der österreichischen Rechtspraxis vergleichen zu wollen, ist doch festzuhalten, dass auch in Österreich gerade religiöse Gefühle und Glaubenslehren strenger geschützt sind als sonstige Überzeugungen und Weltanschauungen. So kann sich wegen „Herabwürdigung religiöser Lehren“ gerichtlich strafbar machen, wer öffentlich eine Religion oder auch nur eine religiöse Einrichtung herabwürdigt oder verspottet. Jede andere – nichtreligiöse – Lehre kann hingegen ganz straflos beleidigt werden (solange sich die Beleidigung nicht gegen eine bestimmte Person richtet).

Wer einen anderen mit Gewalt oder durch gefährliche Drohung zu einer Handlung nötigt, wird in einfachen Fällen mit bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe bedroht. Zielen Gewalt oder Drohung jedoch darauf, dass ein Gottesdienst behindert oder gestört wird, so verdoppelt sich die Strafdrohung auf zwei Jahre Freiheitsstrafe wegen „Störung einer Religionsübung“. Selbst grober Unfug in einer Kirche oder bei einem Gottesdienst kann gerichtlich strafbar sein. Also gibt es auch in Österreich Strafbestimmungen, die mit den im Ausland angewandten vergleichbar sind. Der Unterschied liegt nur teilweise in der Rechtslage, mehr jedoch an der Rechtspraxis.



© Privat

Zum Autor
Josef Lachmann

Dr. jur., Master phil., Studium in Wien und Cambridge (GB). Nach mehrjähriger Forschungstätigkeit an der Universität Wien seit 1993 selbstständiger Rechtsanwalt in Wien mit Schwerpunkten im Zivilrecht und im Grundrechtsschutz. Umfassende Zusatzausbildungen im Bereich außergerichtlicher Streitbeilegung (Mediation).

Ratgeber Steuer: Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten



© St

Zur Autorin
Claudia Stadler

Die Grazerin, Jahrgang 1961, ist seit 2006 geschäftsführende Gesellschafterin der cSt Steuerberatungs GmbH in Wien. Ursprünglich studierte sie Jus, wechselte dann aber zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Schwerpunktfächer waren Marketing, Finanzierung und Preispolitik. Sie spricht Englisch, Italienisch, Portugiesisch und – Latein.

Sommerzeit ist Ferienzeit. Doch die von den Kindern meist heiß herbeigesehnten Ferien stellen berufstätige Eltern häufig vor große Probleme bei der Kinderbetreuung. Ein Ferienlager schafft da oft Abhilfe. Einen Teil dieser Kosten kann man sich vom Finanzamt zurückholen.

Bis zu 2.300 Euro können bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes jährlich an Betreuungskosten geltend gemacht werden, wenn die Betreuung durch pädagogisch qualifizierte Personen erfolgt.

Die Kosten für Kindergärten oder -krippen können meist zur Gänze abgesetzt werden. Ab dem Schulalter muss man allerdings zwischen Kosten für den Schulbesuch und für die außerschulische Betreuung unterscheiden. Geltend machen kann man nur die Kosten für Betreuung in der schulfreien Zeit, wie Nachmittagsbetreuung oder eben Ferienlager, wobei hier sogar die Kosten für die Anfahrt mit dem Bus geltend gemacht werden können. Erfahrungsgemäß verlangt das Finanzamt häufig Nachweise für diese Kosten. Schulen und Kindergärten stellen aber in der Regel problemlos Bestätigungen aus.

Eine weitere Steuererleichterung für Familien ist der Kinderfreibetrag. Er steht zu, solange man für sein Kind Familienbeihilfe bezieht. Der Kinderfreibetrag muss in der Steuererklärung bzw. Arbeitnehmerveranlagung geltend gemacht werden und beträgt jährlich 220 Euro pro Kind. Machen beide Elternteile den Kinderfreibetrag geltend, so steht jedem ein Freibetrag von 132 Euro zu.

Wien – der Duft der Stadt.

Spritzig, belebend, spontan. Inspiriert von der Vielfalt.



Wiener Weinpreis

Film Festival

Silvesterpfad

Wiener Eistraum

www.wien-event.at

stadt wien marketing gmbh im Auftrag der Stadt Wien

[Politik, Wirtschaft und **Arthrose**]

Seitdem „Nutzwert“ und „Gesprächswert“ andere Nachrichtenfaktoren zurückdrängen, ist auf einmal viel mehr Platz im Blätterwald für die Themen Medizin und Gesundheit. Wellnessoasen und die Pharmaindustrie erfindet neue Volkskrankheiten. Ein willfähriger Helfer für das Milliarden-Geschäft: der Gesundheits-Journalismus.

VON EVELYNE HUBER

O b Fachpublikum oder Laien – eines der wenigen Themen, zu dem jeder etwas sagen kann, ist Gesundheit. Und die Branche boomt. Die Ursachen liegen einerseits in den Heilsversprechungen medizinischen Fortschritts, andererseits in der steigenden Lebenserwartung. Mit der Nachfrage wächst das Angebot: Die Flut an Informationen – Ratgeber, Gesundheitsseiten und -sendungen in allgemeinen Medien und Online-Foren für jegliche Symptomatik plus Wellnessindustrie – wächst seit Jahren.

[**Der erste und zweite Gesundheitsmarkt sorgten 2009 für fast 35 Mrd. Euro Umsatz.**]

Das Bundeswirtschaftsministerium, zusammen mit der Bundeswirtschaftskammer, rechnete 2011 vor: Der erste Gesundheitsmarkt, also medizinische Behandlungen, und der zweite Gesundheitsmarkt, zu dem Vor- und Nachsorge, Rehabilitation sowie Wellness- und Fitnessangebote gehören, sorgten allein im Jahr 2009 zusammen gerechnet österreichweit für fast 35 Milliarden Euro Umsatz.

Der Gesamtbetrag entspricht mehr als einem Zehntel des Bruttoinlandsprodukts. Da lohnt sich der mit Studien, Werbung und Public Relations geführte Kampf um Marktanteile für Therapien, Apparate und Medikamente allemal. Ausgetragen wird dieser Kampf auf dem Boden der Medien und dem Rücken der Gesundheitsjournalisten – nicht immer zum Nutzen der Ratsuchenden.

Die Anziehungskraft des Themas „Gesundheit“ hat die um Aufmerksamkeit konkurrierende Medienbranche voll erfasst. Gesundheit hat einen hohen Nachrichtenwert: Nach den aktuellen und den lokalen Nachrichten interessieren sich drei Viertel der TV-Zuseher Österreichs und mehr als 70 Prozent der Gesamtbevölkerung laut Media-Analyse am meisten für das Thema Gesundheit. Da erscheint es verständlich, dass ein Wirtschafts-magazin mit der „Volkskrankheit Rückenleiden“ die Titelseite gestaltet, eine Computer-Fachzeitschrift ihre Titelseite „Dr: App“ widmet, dass ein Wochenmagazin von der „psychiatrisierten Gesellschaft“ schreibt, ein anderes Blatt, ebenfalls auf der Titelseite, „Stopp dem Krebs“.

Da verwundert es auch kaum, dass Angelina Jolies prophylaktische Brustamputation als Aufmacher um die Welt ging. Einerseits erhöhen sich aufgrund wissenschaftlicher Forschungen die medizinischen Erkenntnisse, Diagnosen und Therapien, zugleich steigt andererseits der Bedarf nach Orientierung, Information und Aufklärung.

„Der Gesundheitsjournalismus wäre die funktionale Antwort auf diesen Bedarf“, meint Volker Lilienthal, Journalistik-Professor an der Uni Hamburg. Doch genau da hakt es. Das medizinisch-wissenschaftlich geprägte Gesundheitswesen stellt JournalistInnen vor enorme Herausforderungen. Sie bräuchten mehr an fundiertem Fachwissen und ausreichend Zeit, um angebotene Informationen überprüfend zu recherchieren, findet Britta Fischill von der PR-Agentur Fischill. Die ehemalige Gesundheitsjournalistin ist „nicht interessiert an dem Trend“, wonach manche Print- und Onlinemedien vorproduzierte

PR-Texte eins zu eins übernehmen. Fischill meint, PR-Informationen sollten lediglich dazu dienen, Gesundheitsthemen auf den Tisch der Redaktionskonferenzen zu bringen und die oftmals schwierigen medizinischen Themen über den Weg von Journalismus und Medien ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken. Ein guter Gesundheitsjournalist müsse aber diese Informationen nachrecherchieren und das Relevante für das Publikum aufbereiten.

„Es soll niemals der Eindruck erweckt werden, dass ein medizinisches Mittel allein hilft, sondern dass es mehrere Mittel der Wahl gibt. Damit haben Journalisten aber eine höhere ethische Verantwortung als früher“, konstatiert Fachfrau Fischill.

[**Es gilt, Strategien zu durchschauen und einzuordnen.**]

Diesen Wandel im Gesundheitsjournalismus hat Sylvia Unterdorfer, Redakteurin in der ORF-Gesundheitsredaktion, unmittelbar erlebt: „Als ich vor 25 Jahren im Journalismus begonnen habe, musste ich die Themen noch alle selbst suchen und recherchieren. Heute wird man mit Angeboten zugeschüttet, besonders aus der PR.“ Durch die Partikularinteressen der Pharma- und Gesundheitsfirmen hat der Gesundheitsjournalist heute – mehr denn je – die Aufgabe des klassischen Gatekeepers: Es gilt, die Strategie zu durchschauen und einzuordnen, denn zwischen den Werbebotschaften und der Bekräftigungspost finden sich auch innovative neue Forschungs- und Therapieansätze.



© Hermine Haslinger

Der überwiegende Anteil von 90 Prozent aller einschlägigen Informationen würde ein kommerzielles Interesse beinhalten, mutmaßt Unterdorfer. Welches das genau sei, sei nicht immer genau herauszufinden, findet die ORF-Redakteurin, denn natürlich bedürfe es für valide Thesen mehr denn nur einer Quelle. Der Zeitdruck und die fehlenden

90 Prozent aller einschlägigen Informationen fußen auf kommerziellen Interessen.

finanziellen Ressourcen für Recherchen können für Journalisten ein großes Problem darstellen, denn Qualitätsjournalismus kostet vor allem Zeit – Zeit, die Verlage in Zeiten sinkender Auflage und fallender Anzeigenpreise nicht mehr jeder Story einräumen.

Kommunikationswissenschaftler Volker Lilienthal, der an der Universität Hamburg „Praxis des Qualitätsjournalismus“ lehrt, kritisiert im Sammelband „Qualität im Gesundheitsjournalismus“ insbesondere den Personalabbau und den damit einhergehenden Kompetenzverlust sowie die starke Profitorientierung der Medienkonzerne. Diese Haltung sei fatal, denn sie schwäche nicht nur die Redaktionen, sondern die Glaubwürdigkeit der General-Interest-Medien insgesamt: Journalismus verkomme zur „Massage des öffentlichen Bewusstseins“.

Lilienthal, der lange Zeit als Investigativjournalist bei epd Medien arbeitete, glaubt, es sei einfach viel Kapital im Einsatz, und die PR-Agenturen würden alle Tricks und Kniffe kennen, um sich gegen Wettbewerber durchzusetzen. Unter dem Strich bräuchten Journalisten mehr Zeit und mehr Ressourcen. Und sie müssten ihr Handwerk

beherrschen: Denn ohne gründliche Recherche sei die Gefahr groß – gerade im Gesundheits- und Wissenschaftsjournalismus –, den PR-Strategien der Industrie und

Gesundheitsjournalismus, der nur Krankheiten im Fokus hat, verdient seinen Namen nicht.

Forschungszentren auf den Leim zu gehen. Gesundheitsjournalismus, der nur mit Krankheiten sein Geschäft betreibt, verdiene seinen Namen nicht, sagt Professor Lilienthal.

Die Diagnose scheint klar: Der Branche und dem umtriebigen Fachjournalismus bleibt zunächst die Hoffnung auf den Selbstheilungsprozess. Nicht nur zum Wohle der Rezipienten. ■



© privat

Zur Autorin
Evelyne Huber

ist seit mehr als 20 Jahren journalistisch im Gesundheitsbereich tätig. Sie war Chefredakteurin der Magazine *Das grüne Haus*, *Gesundheit und Entscheidung*. Sie hat an der Donauuniversität Krems das Studium „Kommunikation und Management“ absolviert.

Fotografierverbot: Mehr Fragen als Antworten



© rangizz/fotolia

Eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs (6 Ob 256/12h vom 27.02.2013) sorgt für Beunruhigung. Das Höchstgericht hat damit den Rechtsschutz gegen unerwünschte Bildaufnahmen erweitert, Berufsfotografen sehen ihre Arbeit dadurch gefährdet.

KOMMENTAR VON RECHTSANWALT
DR. JOSEF LACHMANN

Was ist nun wirklich neu an dieser Entscheidung, wobei hier nur das bewusste Fotografieren einer Person behandelt wird, die dem Foto nicht zugestimmt hat und darauf auch zu erkennen ist? Außerdem geht es hier nur um die Rechtswidrigkeit der Fotoaufnahme allein, also nicht um ihre Veröffentlichung.

Es soll jedermann geschützt werden, der die Aufnahme auch nur „als unangenehm empfindet“.

Bisher wurde regelmäßig judiziert, dass Foto- oder Filmaufnahmen nur dann (ausnahmsweise) unzulässig sind, wenn sie den engeren Privatbereich betreffen oder etwa eine fortlaufende Überwachung stattfindet. Jetzt wurde entschieden, dass auch jede andere Aufnahme unzulässig sein kann, damit aber auch die Aufnahme einer Person im öffent-

lichen Bereich: Es soll jedermann geschützt werden, der die Aufnahme auch nur „als unangenehm empfindet“. Eindeutig wurde also der Kreis von Aufnahmen wesentlich erweitert, die von rechtlicher Relevanz sein können. Mit anderen Worten: Aufnahmen, die bislang von vornherein rechtlich unbedenklich waren, könnten nun zu einer Verurteilung des Fotografen führen.

Letztlich unklar sind die Konsequenzen der Entscheidung für andere Fälle, spricht der OGH doch wiederholt davon, dass auch ein Foto im öffentlichen Bereich die Persönlichkeitsrechte des Aufgenommenen nur verletzen kann. Soweit ersichtlich, soll eine solche Verletzung aber zumindest mit jeder Aufnahme gegeben sein, die eine Person bewusst und identifizierbar festhält.

Steht in diesem Sinn eine Rechtsverletzung fest, ist allerdings in einem zweiten Schritt eine umfassende Güter- und Interessenabwägung im Einzelfall vorzunehmen. Gegeneinander abzuwägen sind der Grad der

Beeinträchtigung des Fotografierten gegen die Interessen des Fotografen. So kam es im entschiedenen Fall auch deswegen zur Verurteilung, weil der (nicht professionelle) Fotograf zur Rechtfertigung seiner Aufnahme nichts anderes als „persönliche Belustigung“ angeben konnte.

Es gibt keine Rechtssicherheit, weil alles von den konkreten Umständen des Einzelfalls abhängt.

Die Auswirkungen der Entscheidung für Berufsfotografen bleiben abzuwarten. Zu betonen ist nochmals, dass die vorliegende Entscheidung keinen Berufsfotografen betraf. Es bleibt somit offen, wie künftig die Interessen der Medien an einer Aufnahme gegenüber der Beeinträchtigung des Aufgenommenen gewertet werden.

Sowohl für den beratenden Juristen als auch für sein Publikum ist es immer unbefriedigend, wenn keine

sicheren Prognosen gegeben werden können, weil alles „von den konkreten Umständen des Einzelfalles“ abhängt. Das aber ist, wie so oft im Bereich des Persönlichkeits-schutzes, auch hier der Fall. ■



Zum Autor
Josef Lachmann

Dr. jur., Master phil., Studium in Wien und Cambridge (GB). Nach mehrjähriger Forschungstätigkeit an der Universität Wien seit 1993 selbstständiger Rechtsanwalt in Wien mit Schwerpunkten im Zivilrecht und im Grundrechtsschutz. Umfassende Zusatzausbildungen im Bereich außergerichtlicher Streitbeilegung (Mediation).

[Buchtipps]

Wozu brauchen wir noch Journalisten?

Ja, wozu den eigentlich? Damit Edelfedern wie Helmut Gansterer oder – im konkreten Fall – wie Armin Wolf uns tumben Austro-Normalos Gott und die Welt erklären. Der stellvertretende Chefredakteur der ORF-TV-Information und vor allem „Anchorman“ der ZIB 2 hinterfragt in diesem Bändchen u.a. die Rolle von Journalisten in unserer Gesellschaft. Der gebürtige Tiroler, Jahrgang 1966, macht das recht gründlich.

Im Grunde lesen wir aber vor allem eine Zweitverwertung seiner drei Theodor-Herzl-Gastvorlesungen „Zur Poetik des Journalismus“, gehalten 2012 an der Uni Wien, mit denen er mehr als die Hälfte des Büchleins füllt. Er geht etwa der Frage nach, was professionelle Medien können, was aber etwa Blogger oder Wikipedia nicht können. Er beschreibt, wie sich die



© Picus

Mediennutzung laufend verändert, und was wir Medienleute daraus lernen sollten. Und er begründet,

warum seiner Ansicht nach Politikerinterviews immer noch sinnvoll sind. Wolf, der als bester Interviewer des Landes gilt, schildert auch das Interviewer-Leid, nach getaner Tat die manchmal ziemlich unflätigen Zuseher-Reaktionen lesen zu müssen. Schließlich stellt er noch die Gretchenfrage: Warum die Unabhängigkeit von der Politik für den ORF eine Überlebensfrage ist.

Wie sagte doch der verstorbene Kollege Robert Hochner einmal: „Politiker machen den Käse, und wir bohren die Löcher hinein.“ Deshalb brauchen wir Journalisten. OMK

Armin Wolf: Wozu brauchen wir noch Journalisten? Theodor-Herzl-Vorlesungen zur Poetik des Journalismus. Picus Verlag, Wien, 2. Auflage 2013, 142 Seiten, 14,90 €.

Wie Ereignisse zu Nachrichten werden

„Ich tue dir einen Gefallen, du tust mir einen Gefallen – das ist nicht nur bei der Mafia so.“ Das meint Alexander Van der Bellen über die tägliche Zusammenarbeit mit Medienvertretern. Er muss es wissen, denn immerhin war er mehr als ein Jahrzehnt Bundessprecher der Grünen. Wäscht in dem Zusammenspiel zwischen PR-Fachleuten und Journalisten tatsächlich immer eine Hand die andere? Dieser Frage sind die beiden Herausgeber, die renommierte Printjournalistin Anneliese Rohrer und der langjährige PR-Stratege Clemens Hüffel, mithilfe von Studenten des Studiengangs für Journalismus der FH Wien nachgegangen.

Erfrischend offen berichten Journalisten, wie SN-Vize Andreas Kol-



© Holzhausen Verlag

ler, Politiker wie Herbert Kickl und Kommunikationsexperten wie der RTL-Manager Andreas Rudas in Interviews mit den angehenden

Journalisten über ihre Medienstrategien.

Das Buch aus der Reihe „Medienwissenschaften für die Praxis“ ist nicht nur für Studenten eine interessante Lektüre. Denn es gibt einen Blick hinter die Schlagzeilen und zeichnet durch intensive Gespräche nach, warum welche der täglichen Nachrichten und Informationen mit welchen Intentionen öffentlich werden. HPJ

Clemens Hüffel und Anneliese Rohrer (Hg.): „Selbstbestimmt oder Fremdbestimmt?“ Holzhausen Verlag, Wien 2013, 176 Seiten, broschiert, 19 €.

Bitterer Blattsalat



© Ruth Roeder/ChromOrange/picturedesk

Der Österreichische Medienrat des ÖJC (OMR) muss sich regelmäßig mit Medienerzeugnissen befassen, deren Genuss einen bitteren Nachgeschmack hinterlässt. Der Medienrat geht den Beschwerden nach. Leider zeigt sich oft, dass Unbelehrbarkeit ein Geschäftsmodell ist.

KOMMENTAR VON OSWALD KLOTZ

Eine besondere journalistische Unart dokumentierte der Österreichische Medienrat schon zu Jahresbeginn: die Kampagnisierung. Damals brachte die *Kronen Zeitung* auf ihrer Titelseite die Schlagzeile „Hofrat und Offizier vom Dienst suspendiert“. Diese Formulierung „ist journalistisch unsauber“, monierte der OMR, der sich in diesem Zusammenhang gegen jegliche unzulässige Vermischung von Tatsachen aussprach: „Faktum ist nämlich, dass der Betreffende nicht als Offizier, sondern nur als Beamter vom Dienst suspendiert wurde.“

Konkreter Anlass zur Kritik war auch ein Bericht der Gratis-Zeitung *Heute* in der Ausgabe vom 5. Februar 2013, in dem unter dem Titel „CSITirol' fasst Frauenmörder“ von der Ermittlung des „wahren Mörders“ unter voller Namensnennung samt Foto des Verdächtigen berichtet wurde.

Der Medienrat beanstandete in diesem Zusammenhang, dass die

Person auf dem Foto nicht unkenntlich gemacht wurde und im Text die Unschuldsvermutung fehlte. In einer APA-Aussendung konkretisierte der OMR seine Kritik: „Noch immer gilt im Rechtsstaat Österreich der Grundsatz, dass als unschuldig zu gelten hat, wer noch nicht von einem ordentlichen Gericht verurteilt worden ist. Und da macht es auch keinen Unterschied, dass der vermeintliche Mörder offenbar ein Bulgare ist.“

[
]
 Noch immer gilt im Rechtsstaat Österreich die Unschuldsvermutung.

Ein besonders heikles Thema war in letzter Zeit die Abschiebung von Asylwerbern, die bekanntlich wochenlang mit der Besetzung der Wiener Votivkirche Schlagzeilen machten. Hier hat sich die Gratis-Tageszeitung *Österreich* vom 31. Juli 2013 mit folgender Schlagzeile auf dem Titelblatt um die Missachtung gleich mehrerer Verstöße gegen den

Ehrenkodex „verdient“ gemacht: „Paukenschlag im Abschiebe-Drama: Flüchtlinge als Schlepper verhaftet/Asylwerber verdienten Millionen“. Und weiter auf den Seiten 4 und 5 der selben Ausgabe ein Artikel mit dem Titel: „Flüchtlinge als Schlepper verhaftet“. Das sei, so eine jüngst beim Medienrat eingelangte Beschwerde, „ein massiver Verstoß gegen die Unschuldsvermutung gegen Persönlichkeitsrechte und gegen journalistische Sorgfalt und Ethik und erfüllt möglicherweise sogar den Tatbestand der Verleumdung“, heißt es in der Beschwerde, der sich der OMR vollinhaltlich anschloss.

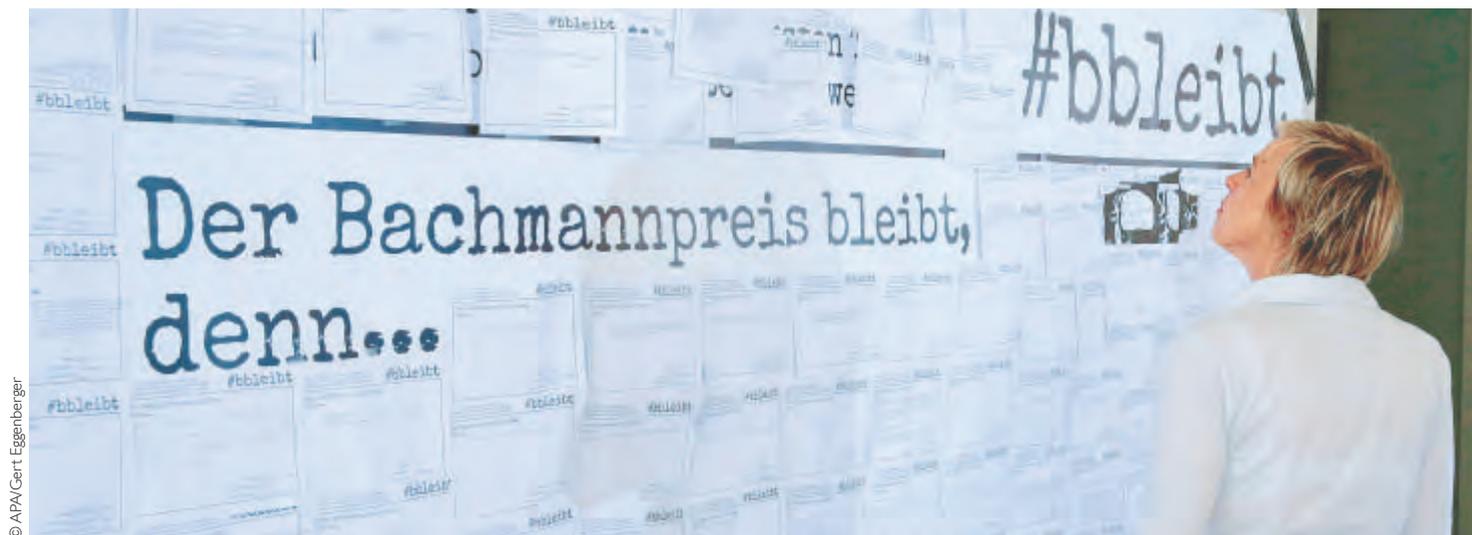
Soweit einige exemplarische Beispiele. Ja, selbstverständlich bekommen sensationelle Meldungen zu Recht viel und prominenten Platz in den heimischen Gazetten, und das nicht nur beim Boulevard. Aber der journalistische Ehrenkodex gebietet auch hierzulande, jeden Menschen, der nicht von einem ordentlichen Gericht rechtskräftig verurteilt wurde, fair zu behandeln und ihm bis dahin den Schutz zumindest des abgekürzten Familiennamens und des verpixelten Fotos zu gewähren.

Die Reaktion der inkriminierten Medien lautet in der Regel: Nicht einmal ignorieren. ■

Den Ehrenkodex leben

Der Österreichische Medienrat des ÖJC (OMR) wurde als freiwillige Selbstkontrolle aller Medien vom ÖJC 2009 ins Leben gerufen, weil der Österreichische Presserat nach 2001 jahrelang in eine Art Koma verfallen war und sich heute wieder nur als Selbstkontrolle im Pressebereich sieht. Der OMR reagiert auf eingebrachte Beschwerden von Medienkonsumenten und urteilt in zwei Senaten. Maßstab ist der „Österreichische Journalistenkodex“. Sanktionsmöglichkeiten stehen dem Medienrat nicht zur Verfügung.

Das ORF-Kulturdesaster



© APA/Gert Eggenberger

Der ORF arbeitet seit drei Jahren gewinnbringend. Nur: Kunst und Kultur bringen ihm noch zu wenig Gewinn. Damit sich das ändert, schafft er sie ab, oder sie sollen ihm von Kultursponsoren bezahlt werden.

KOMMENTAR VON GERHARD RUISS

Soll eine Kulturprogrammatische nicht nur erfolgreich, sondern auch lustig verlaufen, macht man es so: Man versteckt nach dem Vorbild der Schnitzeljagden (Analogsuche) und des Geocachings (datenunterstützte Suche) eine Kultursendung und lässt sie mithilfe eines Sponsorenauftöberers aufspüren. Hat man sie mittels eines Sponsorenauftöberers aufgespürt, darf man die Sendung behalten. Die Rede ist vom durch den ORF soeben zügig abgeschafften und ebenso zügig wieder geretteten Ingeborg-Bachmann-Wettbewerb und seinen sonstigen Bildungs- und Kulturauftrag gewidmeten Programmen.

Abgeschafft wurde der Ingeborg-Bachmann-Wettbewerb vor seiner heurigen Durchführung, gerettet wurde er nach seiner heurigen Durchführung – mediengerecht zum Veranstaltungsabschluss, bei der Verlautbarung der Preisträger, mit der Bekanntgabe eines noch geheim gehaltenen Sponsors –, so haben es Sponsoren am liebsten. Schon dieser Umstand allein verdient eine besondere Hervorhe-

bung. Das gemeinsam mit dem Ingeborg-Bachmann-Wettbewerb abgeschaffte, der zeitgenössischen Musik gewidmete „musikprotokoll“ des steirischen herbsts hingegen konnte noch nicht gerettet werden, weil es erst im Oktober stattfindet.

Der ORF hat einen Kultur- und Bildungsauftrag, deshalb darf er auch Gebühren einheben.

Hinter dieser Vorabend-Sitcom mit beigestelltem Personal aus der ORF-eigenen Verwaltung, vom Generaldirektor abwärts setzt eine Kunst- und Kulturprogrammtragödie zum finalen Desaster an. Nach der Verabschiedung des teuren kundigen Personals und der teilweisen Nachbesetzung mit prekär und daher besonders abhängigen Beschäftigten schickt der ORF jetzt auch seine diesbezüglichen Sendungen und Programme in die Wüste. Die letzten nicht der Repräsentativkultur angehörenden Kunstregungen werden aus den ORF-Landesstudios entfernt und

Kulturpartnerschaften mit zahlungskräftigen Kulturveranstaltern gesucht.

Wer entsprechend flüssig ist und keinen eigenen Kulturbeitrag leistet, soll sich wenigstens einen Kulturbeitrag leisten können, jeder, auch Banken, die anschließend mit Steuermillionen bis Steuermilliarden vor dem Konkurs gerettet werden müssen und Unternehmen, bei denen sich herausstellt, dass sie mit Schmiergeldern gearbeitet haben.

Der ORF ist natürlich bei Weitem nicht der einzige, der mit Kooperationsgeschäften Geld zu machen versucht und sich gegenüber Kooperationspartnern mit Aufmerksamkeiten erkenntlich zeigt. Er ist aber zum Unterschied von anderen mit einem Kultur- und Bildungsauftrag ausgestattet, für den ihm – als einzigen Sender in Österreich – ein Gebührenrecht zusteht. Aus dieser Pflicht zur Erfüllung seines Auftrags ist der ORF erst dann entlassen, wenn er aufhört, ein öffentlich-rechtlicher Sender zu sein. Er steckt nach dem jetzigen Stand des Umgangs mit seinen Bildungs- und Kulturprogrammen aber ohnehin schon mittendrin. ■



© Privat

Zum Autor
Gerhard Ruiss

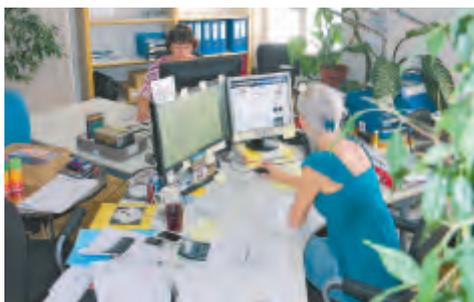
Geb. 1951 Ziersdorf/NÖ, Autor; Musiker; Geschäftsführer der IG Autorinnen Autoren. Verfasser zahlreicher Hand- und Sachbücher zur Literatur, u.a. „Handbuch für Autoren und Journalisten“ und „Literarisches Leben in Österreich“. Aktuelle literarische Veröffentlichungen: Dreibändige Gesamtausgabe der Lieder Oswalds von Wolkenstein in Nachdichtungen, Folio Verlag 2011, und „Paradiese. Schöne Gedichte“, in der Reihe Neue Lyrik aus Österreich im Verlag Berger, Horn, 2013.

Die Oktober-Ausgabe erscheint
am **24. September 2013**

Das **letzte** Wort

Themenprofis versorgen die Medienlandschaft

Es gibt Institutionen, die in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden, aber für Medien wie auch für branchenspezifische Unternehmen sehr wichtig sind: die Pressebüros. Meist kleine Betriebe, die in der Regel EPUs, also Ein-Personen-Unternehmen, sind oder bestenfalls über einige wenige Mitarbeiter verfügen, haben sich auf ausgesuchte und umfangreiche Themenbereichs-Nischen, wie Reise und Tourismus, Medizin oder Sport, spezialisiert. [Statement] wirft einen Blick in ihre verborgene Arbeitswelt und schildert ihre Besonderheiten und Probleme.



© Hermine Haslinger

Das journalistische Multitalent

Kurier-Chefredakteur Helmut Brandstätter ist äußerst vielseitig, war und ist er doch Journalist, Moderator, Fernsehmacher und Buchautor. Mit August 2013 auch noch zum Herausgeber des Kurier bestellt, wurde sein Vertrag als Chefredakteur gleich bis Ende Juli 2019 verlängert. Den Kurier leitet er seit 1. August 2010. Das jetzt 58jährige journalistische Multitalent – Brandstätter ist übrigens auch Dr. jur. – startete 1982 in der Auslandsredaktion des ORF-TV, war dann Auslandskorrespondent, bald schon Leiter der Hauptabteilung „Politik und Zeitgeschehen“, der auch das ORF-Politikmagazin „Report“ moderierte. 2008 erschien sein Buch „Hör.Mir.Zu: Drei Schritte ins Jahrtausend der Kommunikation“, in dem es

hauptsächlich um den Medienkonsum geht. Mit dem zum Teil nicht unumstrittenen Medienprofi spricht [Statement] über seine Pläne mit der Kurier-Redaktion, seine Ambitionen auf eine ORF-Führungsposition, seine Erfahrungen bei n-tv und Puls TV, über seine Zeit als Unternehmensberater; und ob er ein Leben außerhalb der Redaktion hat.



© Kurier

Flashmob – Treffen mit großer Wirkung

Viele Marketingprofis schwören darauf: Menschen, die sich nicht kennen, treffen sich zu einer vereinbarten Uhrzeit an einem bestimmten Platz, um gemeinsam zu erstarren oder einen Tanz aufzuführen. So schnell, wie sich die Teilnehmer gefunden haben, trennen sie sich dann auch wieder. Solche Aktionen werden meist über Soziale Netzwerke im Internet organisiert. Das Besondere daran ist aber nicht immer die Aktion an sich, sondern es sind ihre Begleiterscheinungen: Die Passanten haben nämlich keine Ahnung, was mit ihnen geschieht. Sie reagieren verdutzt, verwirrt oder vollkommen verrückt. Viele zücken ihr Handy und stellen die Videos ins Internet. Die Verbreitung im Netz ist somit garantiert, auch die konventionellen Medien berichten häufig darüber. Doch hat diese Form des viralen Marketings Potenzial für die Zukunft? ■



© Hannes Hochmuth

VON MICHAEL MOHAPP



Bei aller Offenheit und Eloquenz, trotz beruf(ung)sbedingter Egozentrik – samt ihrer Argumentationspalette – und ungeachtet der in unserem Land durchaus exemplarischen Pressefreiheit gibt es doch Bereiche und Themen, über die wir nur selten und kaum je „effektiv“ berichten.

Es überrascht nicht, dass es sich dabei vorwiegend um solche handelt, bei denen Privilegien auf dem Spiel stehen. Nein, es geht nicht um irgend jemandes Privilegien ... es sind unsere, die uns oft ‚andere‘ Stories suchen lassen. Wir Journalisten sind aber – ähnlich wie die Politiker – absolut integer, keine Spur von korrupt, grundsätzlich neutral und der Wahrheit verpflichtet. Warum also haben wir überhaupt Privilegien?

Nun, die Antwort ist genauso kurz wie einleuchtend: Weil es schon immer so war. Zugegeben, früher war alles viel einfacher. Da galten klare Grundsätze: „Wenn man dir gibt – nimm; wenn man dir nimmt – schrei!“ und „Wo kein Kläger, da kein Richter“. Dass sich die Zahl der Geber inzwischen stark verringert, die der Kläger hingegen vermehrt hat, mag durchaus sein.

Letztlich gilt aber – wie überall: Die Methoden wurden verfeinert, die Nuancen modifiziert ... Die ‚Zustand‘ sind die selben wie eh und je. Auch heute genügt in vielen Fällen ein Anruf, und so manche Angelegenheit ist vom Tisch. Schließlich lebt diese Branche von Beziehungen. Wie soll man seine Hand sauber halten, wenn keine andere da ist, sie zu waschen; das bedeutet noch nicht, dass die eine wissen muss, was die andere tut. Und wenn sie es weiß ... „Wie soll ich wissen, was ich denke, bevor ich es gesagt habe?“

Zugegeben, all dies ist nicht sehr konkret und es klingt auch etwas schwammig und an den Haaren herbeigezogen ... genau das ist es ja auch. Denn genau so läuft die ganze Sache ... und das ist noch lange nicht das letzte Wort. ■

[IMPRESSUM]

Eigentümer der Journalistenzeitschrift [Statement] – von Journalisten für Journalisten:

Österreichischer Journalisten Club – ÖJC

A-1010 Wien, Blutgasse 3, ZVR-Zahl: 874423136

Tel: +43.(0)1.982 85 55, Fax: + 43.(0)1.982 85 55 50, Mail: office@oejc.at, Internet: www.oejc.at

Der ÖJC ist ein gemeinnütziger, parteiunabhängiger und bundesweiter Kommunikations- und Serviceclub für in- und ausländische Journalisten und andere Medienmitarbeiter. Die Tätigkeit des Vereines ist nicht auf Gewinn ausgerichtet. Die Bildung von parteipolitisch motivierten Gruppen (Fraktionen) innerhalb des Vereines ist nicht gestattet. Der Verein fördert den österreichischen Journalismus sowie die journalistische Aus-, Fort- und Weiterbildung. Er fördert auch die Erhöhung der beruflichen Qualifikation und orientiert sich an den Idealen der Demokratie. Dieser Zweck soll hauptsächlich durch Veranstaltungen, Seminare, Pressekonferenzen und den Betrieb sonstiger Medien in allen Bereichen erreicht werden. Der Verein fördert und betreibt weiters Entwicklungshilfe auf journalistischem Gebiet.

Chefredakteure: Prof. Oswald Klotz, Fred Turnheim

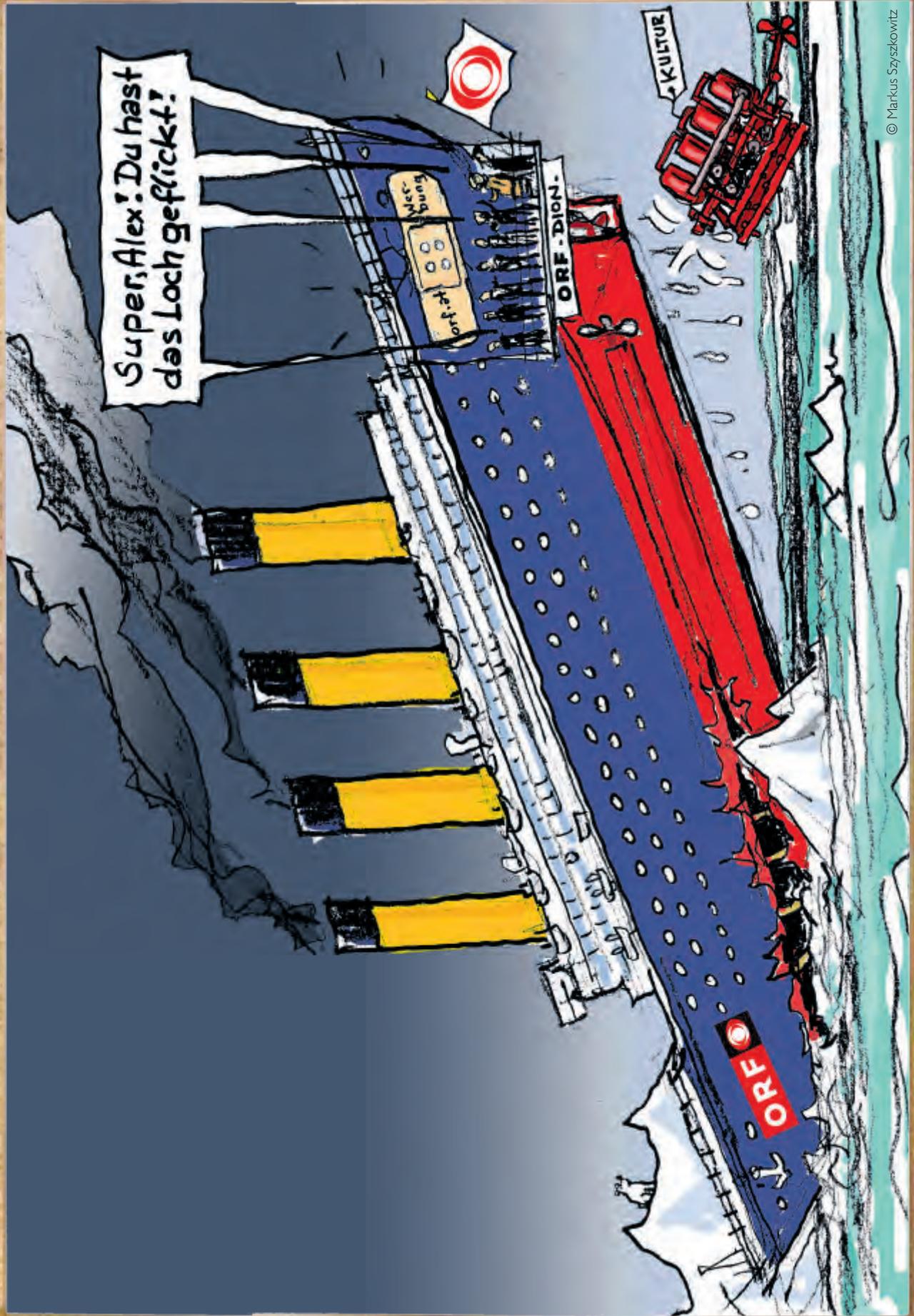
Chef vom Dienst: Mag. Jon Mendrala (Korrespondent Deutschland)

Ressortleiter: Hannes Hochmuth (Bildredaktion), Michael Mohapp (Kommentare, Glossen), DI Markus Szyzkowitz (Cover, Karikaturen), Fred Turnheim (Politik)

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Nina Bayer, Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell, Evelyne Huber, Hans-Peter Jauk, Kurt Kuch, RA Dr. Josef Lachmann (Ratgeber Recht, Kommentare), Felix Lill, MSc, BSc, MPP, (Ferner Osten), Mag. Jan Marot (Spanien/Lateinamerika/Nordafrika), Erich Felix Mautner, Gerhard Ruiss, Mag. Hermine Schreiberhuber, Mag. Claudia Stadler (Ratgeber Steuer)

Grafik: Raimund Appl, **Lektorat:** Mag. Christoph Strolz, **Design:** co2 Werbe- und Designagentur Coproduction Grafik GmbH, **Anzeigen:** Aleksandar Milenkovic, **Produktion:** Raimund Appl, **Druck:** Herold Druck und Verlag AG, 1030 Wien

Adresse: Redaktion [Statement] c/o Österreichischer Journalisten Club – ÖJC, Blutgasse 3, 1010 Wien, Telefon: +43 1 9828555, Fax: +43 1 9828555, Mail: chefredaktion@oejc.at, Internet: www.oejc.at



Das günstigste Gehaltskonto Österreichs!

• GRATIS Kreditkarte • GRATIS Bankomatkarte • GRATIS Kontoführung

EASY GRATIS

Besser geht's nicht! easy gratis ist das kostenlose Gehalts- oder Pensionskonto für alle, die wissen, was sie wollen:

- Kontoführung GRATIS
- Bankomatkarte GRATIS
- Kreditkarte GRATIS
- alle Buchungsposten GRATIS
- easy internetbanking GRATIS
- easy app GRATIS

Sparen auch Sie bis zu € 100,- jährlich. Wechseln Sie jetzt zu Österreichs günstigstem Gehaltskonto. Gleich Infopaket anfordern unter www.easybank.at oder unter 05 70 05-507.



easybank
Leben Sie los.